

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behördenlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Botenlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72208 — Postfachkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonellselle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10gesp. Kolonellselle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10gesp. Kolonellselle mit 50% Nachsch. Reklameselle 2 M., Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonellselle 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklameselle 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die erste Lesung der Zollvorlage.

### Preisabbau bei den Deutschnationalen.

#### Vor der Ernte.

Erhöhung der Zölle. So lautete der Kaufpreis, den die Junker forderten, als der Besitzbürgerblock zustande kam. Seit Monaten ging der Kuhhandel zwischen den Hochschützöllnern, den Großagrarierern und den Verfechtern des „Zollabbaus“ hin und her. Zuletzt blieben drei Positionen übrig, Kartoffeln, Schweinefleisch und Zucker, mit denen sich die Landbändler bescheiden mußten, wenn nicht die so mühsam entstandene Blockregierung dennoch in die Brüche gehen sollte.

Die Preise für den Kauf deutschnationaler Prinzipien befinden sich im Zustande der Baillie. Das aber sei, so erklärte Genosse Hilferding, der Redner der Sozialdemokratie in der gestrigen Zolldebatte, der einzige Preisabbau, der seit den großen Antikündigungen Dr. Luthers faktisch zustande kam. Seit dem Zusammentritt des jetzigen Kabinetts ist über die Zölle verhandelt worden. Am 31. Juli läuft nunmehr die Gültigkeit des 1925 beschlossenen Zolltarifs ab und erst kurz vor Jahreschluss, unmittelbar vor Beginn der Reichstagsferien, hat die Regierung die Zolltarif-Änderungen dem Parlament vorgelegt. Schon allein diese Tatsachen lassen erkennen, wie schwierig dieser Geburtsakt gewesen ist.

Das ergab sich auch aus der Rede des deutschnationalen „Gadaministers“ Dr. Schiele. Ein so jämmerliches Geschwätz hat der Reichstag selten gehört. Wie aber soll die erneute Erhöhung der Zölle für Kartoffeln, des wichtigsten Volksernährungsmittels, begründet werden? Dazu die Widersprüche in der Regierung selbst. Herr Schiele zieht nach der einen Seite, während Dr. Curtius, der Wirtschaftsminister, wie ein Bullenbeißer zur Seite schiebt. Er rebete vor kurzem dem Zollabbau das Wort. Aber jeder Interessent verwendet sich immer nur für den Abbau der Zölle des anderen, so daß nichts Greifbares zustande kommt, oder besser, auch gar nichts zustande kommen soll. Die schönen Reden Dr. Curtius' und seines Parteifreundes, Dr. Stresemanns, waren nur große Gesten, die zu nichts verpflichten.

An Stelle des Zollabbaues, die Erhöhung dreier Zollpositionen, das ist das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz, für das sich auch das Zentrum verpflichtet hat. Dies ist der politische Sinn der Entschliessung, die am vergangenen Sonntag vom Zentralvorstand der Zentrumspartei gefaßt worden ist, trotz der Gegenwehr, die von Dr. Wirth und seinen Gesolgsmannschaften inszeniert wurde. Der preussische Landwirtschaftsminister Steiger, ist Mitglied der Zentrumsfraktion im Reichsparlament, woraus das übrige zu entnehmen ist und die am Sonnabend noch tiefbestürzte Presse der Deutschnationalen hat inzwischen wieder von neuem Mut geschöpft.

So manifestiert sich die „Mannigfaltigkeit“ im Besitzbürgerblock, die Herr Schiele so außerordentlich zu rühmen verstand. Die letzten Tage haben wahrhaftig nicht gezeigt, daß eine allzu „Uniformität“ vorhanden ist. Aber es scheint, daß, wie schon berichtet, der Umfall im Reichsrat mit dem Reichsschulgesetz in enger Verbindung steht. Zum mindesten hat das Zentrum die Gelegenheit genutzt, um die wichtigste kulturelle Frage erneut auf das Tapet zu bringen, was freilich keinesfalls geeignet ist, die Uniformität der Regierung zu verstärken. Aber man rechnet mit den kommenden Wahlen, die keine günstigere Position schaffen werden. Wie dem aber sei, das Zentrum denkt ebenjowenig, wie auch die Deutschnationale Partei, den Bogen des Besitzbürgerblocks soweit zu

überspannen, daß er springt. Es verwendet sich für die „Theaurierung der Kartoffelzölle“, wie Genosse Hilferding bemerkte. Man denkt zunächst nicht daran, die Neuwahlen zu beschleunigen. Dafür ist dem rechten Zentrumsflügel die Kampfgemeinschaft mit den Deutschnationalen nur allzu lieb; das ist aus den Beschlüssen der Zentrums-Zentralinstanzen nur zu deutlich zu ersehen.

So sucht man sich von Unfall zu Unfall durchzuwürgen. Das aber ist der Vorteil dieser „Mannigfaltigkeit“, daß man zuletzt alles zu bemerken vermag. Einer Gruppe der Regierung wird so auf alle Fälle recht getan. Das Zentrum verrichtet seitlich Mafferdienste. Die Deutschnationalen schreiben nach Homogenität zwischen Preußen und dem Reich, während für das Reichskabinett das Prinzip der „Mannigfaltigkeit“ zum alles beherrschenden erhoben wird.

Im übrigen ist der erste Tag der Zolldebatte nicht eben kühnlich gewesen. Nur Herr Schiele erntete eine Flut von Zwischenrufen, als sein Antrag allzu dicht zu wuchern begann. Gegen Hilferding machte Herr v. Stubendorff, einer der verböhresten Krautjunker aus der Mark, das Argument der großen Kartoffeln geltend, gegen das Schlehterbings nicht aufzukommen ist. Nach Hilferding folgte das Korreferat des Pseudo-Kommunisten Hörnle, dem von dem Redner der echten Kommunisten, Urbahns, auf Anfrage aus den sozialistischen Reihen abermals befehligt wurde, daß es nur eine „Sorte“ von Kommunisten gäbe. Das sind die im Urbahns und Schölen, die Ruthenen, wie sie in parlamentarischen Sprachgebrauch bezeichnet werden. Urbahns zeigte auch, wie es gemacht werden müsse. Was er sagte, war nicht völlig neu. „Organisation des Proletariats als Klasse.“ Wir glaubten das schon in den Protokollen der Vorkriegsparteitage gelesen zu haben. Und da es in diesen Zeitläuften noch keine Kommunisten gab, muß das also dem sozialistischen Wortschatz entlehnt sein. Damit sei nicht gesagt, daß auch Urbahns schon als Sozialist zu reklamieren sei. Beileibe nicht. Wohin sollte die deutsche Arbeiterbewegung wohl gelangen, wenn auch die „richtige Sorte“ von Kommunisten verschwinden würde.

Der Bürgerblock ist auf dem „Riste der Demokratie“ gewachsen. So bedeutete der Ultralinken von der Tribüne des Parlaments. Uns scheint, daß der Dünge der Sozialdemokratie auch mancherlei Gewächs gezettigt hat.

### Neue Anträge auf Zollerhöhungen?

Das Berliner Tageblatt will wissen, daß trotz der Schwierigkeiten der zollpolitischen Situation für den Bürgerblock bei den Deutschnationalen und bei der Bagrischen Volkspartei neue Anträge auf Zollerhöhungen geplant werden. Nachdem der Reichsminister für die Ernährung der Landwirtschaft, Herr Schiele, erklärt hat, daß eine Prüfung des Zollschutzes für Molkereiprodukte, Eier, Obst und Gemüse erfolgen müsse, wollen die genannten Parteien Anträge in dieser Richtung stellen.

Inzwischen werden von Sachsen aus die Hoffnungen der Agrarier etwas gedrückt. Im Reichsrat hat, wie wir berichteten, der Vertreter Sachsens gegen die Zollerhöhungen auf Zucker und Kartoffeln gestimmt. Nachdem der Deutschnationale Dr. Krug v. Nidda, das sächsische Wirtschaftsministerium übernommen hat, haben gewisse Kreise erwartet, daß bei der wahrscheinlich notwendig werdenden zweiten Abstimmung im Reichsrat dem sächsischen Vertreter eine andere Instruktion erteilt werden würde. Eine Dresdener Korrespondenz erklärt nun, daß damit nicht zu rechnen ist.

Wir sagen: vorläufig! Wie sich das Parteienkonglomerat, das die jetzige sächsische Regierung trägt, endgültig einstellen wird, ist keinesfalls schon ausgemacht.

ischen Verfassungstag, feiert. Dabei gibt das Blatt zu, daß ein erheblicher Teil des deutschen Volkes den 11. August, mit innerer Herzenswärme und Begeisterung mitfeiern würde.

Im Rechtsausschuß des badischen Landtages stand am Montag ein Antrag der bürgerlichen Vereinigung (Deutschnationale und Deutscher Volkspartei) zur Beratung, der dahin ging, die Verordnung aufzuheben, nach der der Verfassungstag im Lande Baden als gesetzlicher Feiertag gilt. Der Ausschuß beschloß mit großer Mehrheit, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, nachdem der Staatspräsident erklärt hatte, die badische Regierung könne sich zur Aufhebung der Verordnung nicht entschließen, zumal eine reichsgesetzliche Regelung zu erwarten sei, für die im Reichsrat bereits eine Mehrheit vorhanden ist.

### Herbsttagung des Reichstages?

Nach der Täglichen Rundschau sollen sich die Regierungsparteien im interfraktionellen Ausschuß des Reichstages über die Notwendigkeit einer Herbsttagung einig geworden sein. Es handelt sich dabei voraussichtlich um eine Sondertagung von zwei bis drei Tagen, um den Entwurf des Reichsschulgesetzes in erster Lesung zu erledigen und zur weiteren Beratung dem zuständigen Ausschuß zu übergeben. Der Gedanke, den Entwurf in der Form eines Initiativantrages der Regierungsparteien an den Reichstag zu bringen, ist von allen Seiten aufgegeben worden. Der Reichsrat soll das Reichsschulgesetz bereits im Laufe des August beraten.

## Ein öffentliches Geheimnis.

### Eine Richterstellung.

Von Karl Severing.

Nachdem die Kritikreihe über die Vorgänge in Oberschlesien beendet ist, die in der Hauptsache auf Material beruht, das von unmittelbar Beteiligten stammt, geben wir dem Genossen Severing das Wort. Die Deffektivität hat das größte Interesse daran, diese Vorgänge restlos geklärt zu sehen. Die Redaktion.

Vor etwa vierzehn Tagen hat der Gemeausschuß des Reichstages seine Sitzungen wieder aufgenommen. In den letzten Abschnitten seiner Untersuchungen haben die Memorie in Oberschlesien eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, und die Leipziger Volkszeitung veröffentlicht unter Hinweis auf diese Untersuchungen und mit der Ueberschrift „Die Geheimnisse von Oberschlesien“ eine Artikelreihe, in der sie den Nachweis dafür erbringen will, daß die obereschlesischen Fälle, die vor allem im Jahre 1921 sich ereigneten, nicht nur den Ausgangspunkt der Feme bildeten, sondern psychologisch, organisatorisch und politisch ein wichtiges Glied in der Kette der schändlichen Femeermorde waren.“ Die Leipziger Volkszeitung führt in diesem Zusammenhang auch die Bemerkung des Berichterstatters des Feme-Ausschusses, Dr. Levi, an, daß der Ausschuß prüfen müsse, wem die politische Verantwortung für die Organisation treffe, die die Ausgangspunkte für die Femeermorde gegeben haben, und, nachdem wiederholt mein Name in Verbindung mit den Arbeiten des Untersuchungsausschusses genannt wird, heißt es am Schluß des ersten Artikels, daß ich in der Zeit der Kämpfe in Oberschlesien verantwortlich Innenminister in Preußen gewesen sei.

Es kann der Partei nicht erwünscht sein, wenn in den Erörterungen der Tagespresse über politische Morde etwa jemand auftreten könnte, um unter Bezugnahme auf den Artikel der Leipziger Volkszeitung zu behaupten, daß ein sozialdemokratischer Innenminister die politische Verantwortung für die Femeermord-Organisationen trage, da in der Zeit seiner verantwortlichen Amtsführung sich die Kämpfe in Oberschlesien abgespielt haben, in denen Selbstschutz und Freikorps auf deutscher Seite gegen polnische Insurgenten standen. Daß die Leipziger Volkszeitung diesen Eindruck hervorzurufen wollte, nehme ich selbstverständlich nicht an. Aber dem unbefangenen Leser bleibt es mindestens unklar, was denn eigentlich mit der Apotrophierung meiner Amtsführung beabsichtigt ist, und der befangene kann mit einigem bösen Willen den Artikel allerdings so interpretieren, daß er in der Tat gegen mich und meine Amtsführung ausgeschleudert werden kann. Mir erscheinen darum die folgenden Feststellungen nicht ganz überflüssig.

In der Zeit der Kämpfe in Oberschlesien, die Ende April 1921 begannen und gegen Ende Mai beendet waren, war Herr Dominicus Innenminister in Preußen. In der Zeit meiner Amtsführung sind Selbstschutzzorganisationen zur Abwehr polnischer Einfälle nicht eingesetzt worden. Als im Sommer 1920 nach dem ersten Einfall der polnischen Insurgenten Deputationen aus Oberschlesien nach Berlin kamen und die Regierungen aufforderten, die Bevölkerung mit Waffen zu versehen, da habe ich im Einverständnis und mit ausdrücklicher Zustimmung der Reichsregierung dieses Ersuchen entschieden abgelehnt, obgleich die Sprecher der Deputationen sämtlich den Verfassungsparteien angehörten und eine mißbräuchliche Verwendung der Waffen zu innerpolitischen Zwecken kaum zu befürchten war. Aber es war ganz klar, daß die Bewaffnung einiger tausend Arbeiter und Bürger in den Grenzbezirken Oberschlesiens sofort der Entente bekannt und Veranlassung geben würden, den außenpolitischen Druck durch neue Repressalien zu verstärken. Unter diesen Umständen erschien es mir mehr geraten, Schutzpolizei in einer solchen Stärke in die Grenzgebiete zu entsenden, daß neue Einfälle der Insurgenten im Bedarfsfalle leicht zurückgewiesen werden könnten. Selbstverständlich hätte auch diese Maßnahme mindestens den Einspruch der Besatzungsbehörden, deren Spitzen offensichtlich auf Seiten der Polen standen, hervorgerufen. Immerhin hätte die Verwendung der Polizei, die in festen, gelübten Hundertschaften bereit stand, den Vorteil geboten, daß sie als verlässliches Instrument in der Hand der Regierung von dieser leicht zu dirigieren war.

Indessen hatten die Insurgenten den Rückzug angetreten, ein sofortiger Vormarsch irgendwelcher bewaffneter Truppe erwies sich einstweilen als unnötig.

Mit der Abstimmung (20. März 1921) kam jedoch wieder neues Leben in die Insurgentenbanden, die, wie einwandfrei festgestellt worden ist, zum Teil von polnischen Soldaten besetzt wurden. In den bedrohten deutschen Kreisen hatte sich ein Grenzschutz gebildet, dem auch viele Sozialdemokraten beigetreten waren und der von Zivil- und Militärbeamten dahin überwacht wurde, daß er sich streng auf seine Zweckbestimmung beschränkte. Das Feuer glomm unter der Asche...

Am 22. April 1921 übernahm die Regierung Stegerwald-Dominicus die Leitung der preussischen Staatsgeschäfte. Ich habe meinem Amtsnachfolger den Rat gegeben, in der

## Regierungsparteien und Verfassungsfeiertag.

SPD Berlin, 5. Juli (Radio).

Die Germania beschäftigt sich heute mit dem sozialdemokratischen Antrag, den 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag zu erklären. Das Blatt kennzeichnet zunächst die Haltung der Regierungsparteien und schreibt: „Die Deutschnationalen lehnen den Gedanken eines Verfassungstages überhaupt ab. Sie beweisen damit, daß ihre Stellung zur Verfassung trotz Nichtintendenz und Teilhaberschaft an einer republikanischen Regierung mehr den Charakter äußerlicher Korrektheit, als den innerer Wärme trägt. Die Deutsche Volkspartei will den Verfassungstag nur dann, mit gesetzlicher Kraft ausstatten, wenn gleichzeitig auch der 18. Januar zum Feiertag erhoben wird. Der Gedanke, den Gründungstag des Kaiserreiches zum Feiertag zu erheben, ist vorzuziehen, er hat nur den einen Fehler, daß er 50 Jahre zu spät kommt. Das Kaiserreich hat seinen Gründungstag niemals amtlich gefeiert. Es ist eine etwas eigenartige Zumutung, der Republik jetzt diese Aufgabe aufzuweisen, die das Kaiserreich zu erledigen nicht für nötig hielt.“

Das Blatt erklärt dann, daß das Zentrum grundsätzlich für die Einführung eines Verfassungstages sei. Es will aber die Frage des Verfassungstages mit der gesetzlichen Garantieung der schriftlichen Feiertage verbinden. Der Verfassungstag selbst soll reichsgesetzlich festgelegt werden, wobei das Zentrum immer noch an einem Sonntag im August, also nicht an eigen-

Behandlung der Grenzfragen den Kurs nicht zu ändern und alle etwaigen Abwehrmaßnahmen nur unter Leitung, Anweisung und Verantwortung der Staatsregierung zu treffen.

Es ist anders gekommen. Der Selbstschutz trat auf. Die Freikorps eilten herbei. Ein Zwölfter-Ausbruch trat in Aktion. Niemand wird bestreiten, daß die Männer, die damals unter der Führung des tapferen Generals v. Hofer standen, sich vor allem in den Kämpfen um Annaberg hohe Verdienste um Deutschland erworben haben. Aber was viele befürchteten und die Kundigen mit mathematischer Genauigkeit vorausgesagt hatten, trat ein: nach den Kämpfen dahinten die Freikorps und die Selbstschützen gar nicht daran, abzurufen und abzuziehen. Sie blieben in Schleifen und hausten dort in einer Weise, daß ein großer Teil der Bevölkerung darüber die lebhaftesten Klagen erhob. Der inzwischen verstorbene Abgeordnete Scholich und ich haben darum im Juni 1921 im Hauptauschuß des preussischen Landtags den Minister Dominicus dringend ersucht, die oberösterreichischen Kampforganisationen so schnell wie möglich abzubauen, damit sie beim Zurückkehren in andere Teile Preußens oder Deutschlands nicht noch weiter die Rolle der Störenfriede spielen könnten. Ich habe den Minister auch in diesen Debatten dringend gebeten, daß den Grundsatzen wieder zur Anerkennung zu bringen, daß nur der Waffen tragen soll, der von Amts wegen dazu berufen sei.

Dieselbe Auffassung habe ich dem Minister gegenüber in der Landtagskammer vom 18. Oktober 1921 vertreten, und als ich etwa drei Wochen später das Amt des Innenministers wieder übernahm, da war eine meiner ersten Aufgaben die Feststellung, wieweit meinen Anregungen bereits Folge gegeben war. Ueber das Ergebnis dieser Feststellungen nur soviel: Es reichte auch nicht annähernd an die bescheidensten Erwartungen. Andererseits wuchsen die Besorgnisse von Tag zu Tag, daß die vielen Tausende bewaffneter, zum großen Teil ortsfremder und undisciplinierter Mannschaften nicht an der Grenze, aber im eigenen Lande zu Zusammenstößen treiben könnten. Darum habe ich in Anwesenheit und unter Beteiligung eines Vertreters des Reichsministers des Innern in mündlicher Verhandlung mit den Selbstschutz-Führern im Januar 1922 in Breslau die Auflösung des bewaffneten Selbstschutzes angeordnet und im Laufe weniger Monate durchgeführt.

Diese Darlegungen sind zum größten Teil in den Protokollen des Landtags niedergelegt. Daß man an sie überhaupt erinnern muß, ist — auch ein Zeichen der Zeit! Jedenfalls: Meine Amtsführung in oberösterreichischen Fragen steht nicht unter dem Kapitel „Geheimnisse von Oberösterreich“.

### Fragen an den Reichswehrminister.

#### Wozu die Reichswehr verwendet wird.

Von einem Leser wird uns geschrieben:

In letzter Zeit konnte man allabendlich ein Kommando Kavallerie durch Leipzig-Schleußig kommend stadteinwärts reiten sehen. Sollen militärische Studien gemacht werden oder was wurde sonst getrieben?

Das Rätsel wurde am Sonntag gelöst. Der Leipziger Reitverein hatte großes Reit- und Fahrturnier. Da es sich um eine Veranstaltung der Größten Leipzigs handelte, mußte natürlich die Platzanlage hübscher sein. Leipzig hat zwar viel Arbeitslose, die diese Arbeiter hätten ausführen können, aber man bediente sich einiger Arbeitskommandos der Reichswehr. Warum nicht auch? Man bezahlt doch nicht umsonst seine Steuern, die man sich auch stunden lassen kann.

Wir wollen niemand seinen Sport verbieten. Wie sich aber jeder Arbeitsspartei sein Sportgerät selbst anschaffen muß, so müssen auch die Mitglieder des Leipziger Reitvereins sich zu ihrem Privatreitpferd ihre Pferde kaufen und unterhalten. Bei der Veranstaltung am Sonntag wurde aber unter anderem auch Material des Militärstützpunktes, wie Pferde, Wagen, Waffen, Munition verwendet. Deshalb einige Fragen an den Herrn Reichswehrminister, der für seinen ausgedehnten Etat so stark eintritt:

Wer erstellte die Genehmigungen der Beteiligung an derartigen Veranstaltungen?

Wer kommt für Schäden an Material und Mannschaften auf?

Wer trägt die Kosten des Transports für die von Torgau und Grimma herbeigebrachten Abteilungen?

Nach welchem Tarif sind die von Mannschaften der Reichswehr für private Zwecke geleisteten Arbeiten bezahlt und an wen?

Daß bei diesen Veranstaltungen auch Kriegsspiele — Schießen mit Karabiner und Maschinengewehrpistole vom Pferde aus und am Boden hinter Pferden liegend — vorgeführt wurden, davon schweigt die bürgerliche Presse, die sonst des Lobes voll für die Leistungen der Reichswehr ist. Oder war hierzu die Genehmigung nicht eingeholt?

Ist es auch mit dem republikanischen Geist der Reichswehr vereinbar, an Festen mitzuwirken, die demonstrativ schwarz-weiß-rot flaggen?

### Deutschland darf hinein.

#### In die Mandatskommission.

WTB Genf, 4. Juli.

Die Mandatskommission, die gegenwärtig in Genf tagt, hat zu Händen des Völkerbundes die Erklärung abgegeben, daß sie, wenn man von allen politischen Erwägungen absehe, keine Einsprüche gegen die Ernennung eines weiteren Mitgliedes der Mandatskommission erhebe und daß sie auch nichts dagegen habe, daß dieses Mitglied reichsdeutscher Nationalität sei. Der Völkerbundsrat wird voraussichtlich in der kommenden Sesssion ein deutsches Mitglied ernennen. (Als ausländerrechtlicher Anwärter auf den Kolonialthron wird der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Schöne, genannt. Das wäre der richtige Mann, den Stresemann gebrauchen kann. Red.)

### Noch eine Konferenz.

Genf, 4. Juli.

Am Montag trat die von über 40 Staaten besetzte Konferenz für die Gründung eines Weltbündnisses gegen Schädigung durch Naturkatastrophen unter Vorsitz des Ministers Kuzj zusammen. Die Sowjetregierung hat ihre Teilnahme an der Konferenz mit der Begründung abgelehnt, daß es besser sei, die internationale Hilfsaktivität bei Naturkatastrophen, wie bisher, den Rote-Kreuz-Organisationen zu überlassen. Den gleichen Standpunkt vertrat in der allgemeinen Aussprache auch der holländische Vertreter, während der englische Vertreter die Notwendigkeit der Weltorganisation ebenfalls anzweifelte, ohne jedoch ihre Gründung abzulehnen. Für die Gründung eines Weltverbandes traten der französische, italienische, polnische und rumänische Vertreter ein. Auf deutschen Antrag wurde sodann beschlossen, das vorliegende Projekt als Diskussionsgrundlage zu benutzen und am Dienstag in die Detailberatung einzutreten.

# Frankreich und die Schweiz.

## Um die Neutralität Hochsavoyens.

Von Ernst Reinhard-Bern.

Als nach den napoleonischen Kriegen der Wiener Kongreß die Westkarte neu zuschnitt und gewissermaßen im Vorbeigehen die schweizerische Eidgenossenschaft schuf, gab er ihr zwei Patengeschenke mit in die Wiege: Er neutralisierte Hochsavoyen, das damals zum Königreich Sardinien-Piemont gehörte, und gestand der Schweiz das Befehlsrecht im Kriegsfall zu. Er schob weiter in den Genf unmittelbar benachbarten Gegenden Frankreichs und Hochsavoyens die Zollgrenze hinter die politische zurück, so daß die Genfer, deren wirtschaftliches Hinterland verlorengegangen war, wenigstens die Möglichkeit hatten, in diesen Gebieten ungehindert und von keinen Zöllen beswert, Handel zu treiben, zu kaufen und zu verkaufen. Aber die Landkarte hatte keinen dauernden Bestand. Oesterreich, das damals in Oberitalien festsaß, verlor nach und nach seinen ganzen italienischen Besitz und ist heute Frankreich förmlich nicht mehr gefährlich; Sardinien-Piemont ging in Italien auf und Frankreich übernahm seine cisalpinischen Besitzungen, mit ihnen aber auch die Servitute, die auf diesen Gebieten lasteten.

Für die Schweiz waren nur die Freizonen von dauernder und großer Bedeutung, denn Genfs wirtschaftlicher Wohlstand hing von ihnen ab. Die Neutralität Hochsavoyens, vor allem aber das schweizerische Befehlsrecht, war immer ein Danaergeschenk, dessen Gefährlichkeit sich besonders dann erweisen mußte, als Hochsavoyen nicht mehr einem unbedeutenden Staate, sondern der Großmacht Frankreich angehörte. Wie hätte die Schweiz auch jemals dazu gelangen können, mit ihren Truppen dieses französische Territorium gegen den Willen der westlichen Nachbarrepublik zu besetzen! Jeder Gedanke daran wäre abenteuerliche und unverantwortliche Politik des Größenwahns gewesen, so daß in Tat und Wahrheit dieses Scheinrecht nur eine gefährliche Illusion werden konnte. Beim Ausbruch des Weltkrieges erklärte der Bundesrat wohl sehr deutlich, daß er am Befehlsrecht ebenso wie an der Neutralität festhalte. Als aber Frankreich Truppen durch das Gebiet nach Italien schickte, besonders nach dem Durchbruch am Isonzo, da schlug die Schweiz natgedrungen schon fest und mußte erst auf, als französische Regimenter auf dem neutralisierten Boden ihre Standorte allzu nahe der Schweizergrenze angewiesen bekamen.

Im Versailler Vertrag suchte Frankreich dann diese Servitute aufzuheben. Der schweizerische Unterhändler in Paris, der damalige Bundesrat Ador, betrieb eine heute noch unverständliche Politik der Geheimdiplomatie, die dazu führte, daß der Artikel 435 des Vertrages eine Fassung bekam, zu der beide Parteien, die Schweiz und Frankreich, ihre vollständige abweichenden Fassungen in besonderen Noten beifügten; beide Noten wurden in herrlicher Objektivität dem Versailler Vertrag als Anhang mitgegeben, so daß nun beide Parteien aus dem Vertrage ihre vollständig verschiedenen Auffassungen beweisen konnten.

Die vorgeschriebenen Unterhandlungen wurden aber aufgenommen. Der Druck, den aber die damalige französische Gewaltpolitik auf die Schweiz ausübte, führte zu einem Staatsvertrag, der die Zonen ersehen sollte. Aber der Widerstand gegen diese Biegung des Rechts der kleinen Staaten war so groß, daß das Volk den Vertrag in der Abstimmung zerriß. Darauf forcierte Poincaré von der Schweiz nichts mehr und nicht weniger, als daß sie den von der Volksversammlung Vertrag nun doch unterschreiben müsse. Als das nicht gelang, schob er kurzerhand und gewaltsam wie immer die Zollgrenze an die politische Grenze vor. Damit Genf von keinem wirtschaftlichen Hinterland ab, hante Zollkassernen und Lieferie Genf damit dem wirtschaftlichen Ruin aus, der sich heute schon außerordentlich scharf geltend macht.

Gegenüber dieser Politik der Gewalt hatte die Sozialdemokratische Partei von allem Anfang an den Schiedsgerichtsgebanten verfochten, und sie erlebte die Genehmigung, daß dieser Gedante, den man zuerst verachtet hatte, nach dem Sturz Poincarés und dank der Politik unserer französischen Bruderpartei schließlich siegte. Ein neues Abkommen wurde geschlossen, das die ganze Frage dem Hanger Schiedsgericht unterbreiten sollte. Die Schweiz ratifizierte es sofort, die französische Kammer folgte nach — aber nun machte plötzlich der Senat Schwierigkeiten.

Für die Schweiz war die Regelung der wirtschaftlichen Zonenfrage von Bedeutung, für Frankreich die der militärischen Neutralität Hochsavoyens. Sie mußte um so wichtiger werden, je mehr sich der französisch-italienische Gegensatz aufspitzte und je lebendiger die Interessen Frankreichs wurde, auch die Uebergänge Hochsavoyens, besonders den Kleinen St Bernhard, fest in die Hand zu bekommen. Der Senat verlangte nun, daß die Schweiz zuerst dieses Abkommen vollständig verabschiede, bevor er seine Unterschrift unter das Zonenabkommen setzte.

Für die Schweiz aber lag die Frage nicht einfach. Eine Entscheidung im Parlament hätte dem Dokument noch keine Rechtskraft zu; es mußte nach den Bestimmungen der Bundesverfassung der Volksabstimmung unterworfen werden. Wie aber, wenn diese Volksabstimmung den wohlwolligsten Vertrag auch zerriß? Dann mußte eine böse und unheilbare Verbitterung in Frankreich entstehen, und alles, was man getan hatte, um die gegenseitige friedliche Verständigung zu ermöglichen, mußte in Frage gestellt sein. Aber da der Senat unnachgiebig blieb, konnte die Schweiz schließlich nicht mehr anders, als so weit gehen und die parlamentarische Behandlung vorzunehmen. Sie ist vor kurzem endgültig erfolgt.

Die Gefahr wird nun aber dadurch riesengroß, daß ultrapatriotische Kreise, die sich um den sogenannten Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz gruppieren, das Referendum dagegen erpressen und den giftigsten Konflikt mit Frankreich heraufbeschwören. Fällt das Abkommen über die Neutralität Hochsavoyens, dann wird auch der Senat das Schiedsgericht über die Zonenfrage nicht gutheißen, und dann ist der schlimmsten Gewaltpolitik freie Bahn geschaffen. Für die schweizerische Sozialdemokratische Partei erwacht hier eine große Verantwortung. Sie, die als erste gegen den unglücklichen Zonenvertrag von 1921 auftrat und sich für den Gedanken des Schiedsgerichts ebenso energisch als erfolgreich eingesetzt hat, muß nun alles tun, um dieser ihrer Politik den endgültigen Sieg zu ermöglichen. Sie darf es nicht dazu kommen lassen, daß eine Gruppe unverantwortlicher Abenteurer den französischen Gewaltpolitikern in die Hände arbeitet und einen unabsehbaren Konflikt zwischen Frankreich und der Schweiz heraufbeschwört. Sie hat es nicht so leicht wie die unbedeutende kommunistische Fraktion, die sich gegen das Abkommen aussprach, das mit der militärischen Bedeutung Hochsavoyens begründete und als Hauptzeugen für ihre kommunistische Auffassung den italienischen Feldmarschall Cadorna zitierte. Der Sozialdemokratie erwacht die Aufgabe, das schweizerische Proletariat gegen dieses Referendumsgehören mobil zu machen, den Schiedsgerichtsgebanten zu verfechten, den Verzicht auf ein längst erloschenes Recht und auf seine jährliche Illusion zu lehnen und die Arbeiterklasse zu ruhigem, sozialistischem und weltpolitischem Denken zu erziehen. Diese Aufgabe wird sie auch erfüllen.

### Die Postgebührenerhöhung.

SPD. Am Montagvormittag verhandelte der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien im Reichstag wiederum über die Fragen der Porto-Erhöhung. Die Verhandlungen der Regierungsparteien sind noch nicht zum Abschluß gekommen, es sollen vielmehr noch Besprechungen mit den andern Reichstagsparteien vorgenommen werden. Für die bisherigen Verhandlungen ist Vertraulichkeit vereinbart worden.

Trotz dieser Vertraulichkeit weiß die Nachtausgabe des Tag zu berichten, daß die Regierungsparteien dem Reichspostminister erklärt haben, daß ihrer Auffassung eine Zustimmung zu einer Vorlage über Porto-Erhöhung, die der einmal abgelehnten Vorlage entspreche, im Verwaltungsrat der Reichspost nicht erwartet werden könne. Der Reichspostminister müsse sich auf die notwendigen Erhöhungen beschränken und höchstens eine Erhöhung des Portos für einfache Briefe von 10 auf 15 Pf. und für die Postkarte von 5 auf 10 Pfennig vorschlagen, wobei aber alle sonst beabsichtigten Erhöhungen unterbleiben müßten. Es sei auch noch der Vorschlag gemacht worden, die Erhöhung für die Postkarten noch weiter zu beschränken, und zwar in der Form, daß eine Postkarte 8 und zwei Postkarten 15 Pfennig kosten. Der Reichspostminister werde wahrscheinlich in nächster Zeit eine neue Vorlage ausarbeiten, die sich aber nur in diesem Rahmen bewegen werde.

Ursprünglich sollte sich am Dienstag der Haushaltsausschuß des Reichstags mit den Postfragen beschäftigen. Die Verhandlungen sind jedoch auf Donnerstag dieser Woche verlagert worden. Der Haushaltsausschuß wird am Donnerstag zunächst über eine Anregung von Abgeordneten der Regierungsparteien beraten, daß der Betrieb der Reichspost vom Reichspostkommissar noch einmal auf seine Wirtschaftlichkeit hin durchgeprüft werden soll. Im Zusammenhang damit wird die gesamte Finanzlage der Post erörtert werden, ebenso die Gebührenfrage. Allgemein neigt man, auch in den Regierungsparteien, immer mehr der Auffassung zu, daß die Frage der Portoerhöhung bis zum Herbst zurückgestellt werden soll.

### Martin Schiele.



Der Minister „zur Ernährung der Landwirtschaft“.

### Der Anschluß.

SPD Paris, 4. Juli.

Der französische Gesandte in Wien, de Chambrun, weiß seit einigen Tagen in Paris und hat, wie verlautet, mit den zuständigen Stellen am Quai d'Orsay bereits mehrere Aussprachen über die Anschlußfrage gehabt. Man scheint an den französischen amtlichen Stellen im Anschluß an diese Besprechungen mit de Chambrun mit Beunruhigung die Fortschritte zu verfolgen, die diese Frage in den letzten Monaten gemacht hat. Der Temps gibt dies heute offen zu. Er erklärt, die Zeit sei vorbei, wo man glauben konnte, die Anschlußangelegenheit sei „nur eine Angelegenheit gewisser Elemente ohne Verantwortung“ in beiden Ländern. Heute ist die Wahrheit der österreichischen Parteien und die Mehrheit im Nationalrat offen für den Anschluß. Man könne heute nicht mehr auf das „Verantwortungsgefühl“ der Leiter der österreichischen Politik noch auf die „Unabhängigkeit“ der österreichischen Parteien zählen. Dies müsse allen Besprechungen in Frankreich und den Staaten der Kleinen Entente Raum geben, denn der Anschluß würde nicht nur, nach Ansicht des Blattes, die Verdrückung der österreichischen Industrie, sondern auch in politischer Beziehung die Schaffung eines Mitteleuropas bedeuten, das die Einseitigkeit zu einem „neuen Drang des Deutschtums nach dem Osten“ werden würde, und dies wieder würde „die ganze Entwicklung und sogar die Existenz der Staaten der Kleinen Entente in Frage stellen“.

### Frankreich und Italien.

#### Grenzwischfälle.

WTB Paris, 5. Juli.

Die Morgenblätter berichten wiederum von zwei Zwischenfällen an der französisch-italienischen Grenze. Im Gebiet des Mont Genis, wo nach den Behauptungen der französischen Presse die italienischen Offiziere Franzosen, die auf italienischer Seite Grundbesitz haben, zum Verlassen ihrer Häuser für die Dauer von Schließungen der italienischen Artikelte veranlaßt haben, soll nach einer Meldung des Journal am 3. Juli vormittags 5 Uhr, ein italienischer Offizier auch die Bewohner der Alpenhütte von Revers zum Verlassen ihrer Behausung gezwungen haben. Der Besitzer, seine Frau und seine acht Kinder, von denen eins krank war, hätten sich bis zur Beendigung der Schließungen unter einem Felsvorsprung aufgehalten.

Nach einer Meldung des Petit Parisien hat am Sonntagvormittag ein italienischer Carabinieri in der Gegend des Mont Genis drei Schüsse auf zwei italienische Arbeiter, die sich 200 Meter von der Grenze entfernt auf französischem Gebiete befanden, abgegeben.

### Presserverfolgungen in Bulgarien.

SPD Sofia, 4. Juli. (Radio.)

Die Polizei konfiszierte das Arbeiterblatt Nowini, weil es geschrieben hatte, die Bauern- und Arbeitervertretungen seien in der neuen Sobranje freiwillig geworden und die Sobranje kein Parlament mehr, sondern ein Grenzlandler Tumultplatz für falsche Elemente. Die gesamte oppositionelle Presse protestiert empört gegen die zunehmenden Gewaltakte in der Sobranje, deren Ausmaß sie als unerträglich bezeichnet.

## Klara Zetkin zum 70. Geburtstag.

Klara Zetkin, die am 5. Juli ihren 70. Geburtstag feiert, gehört der zweiten Generation der Vorkämpfer für den Sozialismus an. Ihre Kampfgenossen sind bis auf ganz wenige gestorben, und gerade in den letzten Wochen hat der Name Zetkin auch in der sozialistischen Bewegung erneut Bedeutung erlangt. Wie erinnern an die zahlreichen Anträge, die auf der Frauenkonferenz des Kieler Parteitag behandelt wurden. Man verlangte, daß der Parteivorstand eine Frauenzeitschrift im Sinne der Gleichheit schaffen sollte. Die Gleichheit ist untrennbar mit dem Namen Klara Zetkin verbunden. Als Wegbereiterin der proletarischen Frauenbewegung hat sich Klara Zetkin um den Sozialismus unvergängliche Verdienste erworben. Aber auch sonst hat die Publizistin im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse außerordentliches geleistet. Ihr Name hat Klang in der gesamten sozialistischen Internationale. Im Bunde mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stand sie immer auf dem linken Flügel der Partei.

Die Leipziger Arbeiterbewegung hat ihr ganz besonders zu danken. Klara Zetkin wurde am 5. Juli 1857 in Wiederau geboren. Sie besuchte das Stenbergsche Lehrerinnen-Seminar in Leipzig, das von der bekannten Pädagogin Auguste Schmidt geleitet wurde. An der Pariser Universität bildete sie sich fort. Im Laufe der Zeit verwich sie aufs innigste mit der sozialistischen Bewegung. Sie gründete, wie schon dargestellt, die Gleichheit, deren Redakteurin sie bis zum Jahre 1918 gewesen ist. Als in der U.S.P. die Frauenbewegung erstarkte, wurde Klara Zetkin zur Redakteurin der Frauenbeilage in der Leipziger Volkszeitung berufen. Dieses Amt hat sie bis zum April 1919 innegehabt.

Sie ging dann mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und den andern zur kommunistischen Bewegung über, um dort ihr Wirken fortzusetzen. Sie gründete die kommunistische Fraueninternationale. Im Laufe der Zeit geriet sie in immer stärkeren Gegensatz zu dem offiziellen Kurs der kommunistischen Partei, und als nach Halle der Bolschewismus die Bewegung beherrschte, als die Niederlage im mitteldeutschen Aufstand zeigte, daß die Partei auf falschem Wege war, vermachte nur der Einfluß Moskaus Klara Zetkin in letzter Stunde davon abzuhalten, gemeinsam mit Paul Levi aus der kommunistischen Partei auszutreten. Seitdem lebt sie in Moskau und nur noch ein einziges Mal ist sie in Deutschland herangezogen. Sie kam mit einem offiziellen Auftrag nach Deutschland, hielt im Reichstag eine viel beachtete Rede über die Beziehungen Russlands und Deutschlands. Klara Zetkin kehrte dann wieder nach Rußland zurück. Auch dort hat sie keine unmittelbar aktive Rolle inne. Die Dritte Internationale lebt zum Teil von dem Prestige der einstigen Führerin der sozialistischen Internationale.

Mehrere Broschüren stammen aus der Feder Klara Zetkins. Von ihnen sei nur die bedeutendste, „Karl Marx und sein Lebenswerk“, genannt. In den Jahren 1919/20 war Klara Zetkin Mitglied der Landesversammlung für Württemberg. Seit 1920 gehört sie dem Reichstag an.

Die Wege Klara Zetkins haben sich von den unsrigen getrennt. Das aber hindert uns nicht, das Lebenswerk der großen Vorkämpferin des Sozialismus und insbesondere der sozialistischen Frauenbewegung voll anzuerkennen. Und in diesem Sinne anbieten auch wir der großen Publizistin unsere Glückwünsche zum 70. Geburtstag.

## Die Russen in Wuhan.

WZ Wuhan, 4. Juli.

Die Russen sind der Aufforderung, die Stadt zu verlassen, bisher noch nicht nachgegeben; ihre Weisung nach Tschengtschau soll aber in wenigen Tagen erfolgen. Es wird mitgeteilt, daß Borodin vielleicht doch in Hankau bleiben wird.

WZ Genf, 4. Juli.

Der Vertreter Chinas im Völkerbundsrat, Tschang Simin hat heute Presseberatern gegenüber folgende Erklärung abgegeben: Es wurde in der Presse des östlichen Ostens mehrmals der Meinung Ausdruck verliehen, daß die gegenwärtig in Genf tagende Konferenz zur Beschränkung der Seeabrüstungen sich auch mit den China betreffenden Fragen beschäftigen sollte. Ich bin diesbezüglich von der nationalchinesischen Regierung (Geneve) ist offiziell die Nationalchinesische Regierung. (Red.) beauftragt zu erklären, daß die Regierung und das Volk der chinesischen Republik sich weigern werden, jeden Entscheid anzuerkennen, welcher von der gegenwärtigen oder irgendeiner andern Konferenz in Bezug auf die chinesischen Angelegenheiten getroffen würde, wenn China auf der Konferenz nicht vertreten ist und sich an den Arbeiten derselben nicht beteiligt hat.

Das ist das erste Mal, daß der offizielle Vertreter der Peking-Regierung im Namen der nationalchinesischen Sonderregierung eine Erklärung abgibt.

## Die Prawda über China.

Der Ost-Expreß berichtet aus Moskau:

Die neueste Wendung in China stellt die Chinapolitik der Sowjetregierung und der kommunistischen Internationale vor neue Aufgaben. In einem „Schwierigen Etappe“ überschriebenen Leitartikel erklärt die Prawda, daß die große chinesische Revolution sich zweifellos in einem überaus schwierigen Entwicklungsstadium befindet, das sehr große Gefahren für die Arbeiter und Bauern Chinas mit sich bringt. Der „Schwarze Terror“ des Generals Fenguhsiang sei eine weitere Episode im Rahmen der zunehmenden Verräterei der chinesischen Generäle, die das „Lager der Freiheit“ verlassen. Die Koalition Tschangtschais mit Fenguhsiang bedeute eine unmittelbare Gefahr für die chinesische Revolution. Der von den Generälen geführte Dschok in den Rücken der revolutionären Elemente erhöhe die „unaglichen Leiden“ der Revolution. Allein aus diesem Grunde könne die kommunistische Internationale nicht, wie es die Parteilopposition verlange, die Kuomintang ihrem Schicksal überlassen und hierdurch dem „gegenrevolutionären Gefindel“ ausliefern. Die Kuomintang könne aber nur dann eine erfolgreiche revolutionäre Politik betreiben, wenn sie sich auf die ärmsten bäuerlichen Schichten, sowie auf die Arbeiter stütze. Die Demokratisierung des gesamten Kuomintang-Apparats, die Bewaffnung der revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen — dies seien die Parolen des Tages. Den Generälen darf kein Vertrauen mehr geschenkt werden; die Kommandostellen müssen unter verschärfte Kontrolle der Massen gestellt werden.

Die Zollämter von Schanghai, Kanton usw. sind von dem Finanzminister der Nanjing-Regierung angewiesen worden, am 1. August neue erhöhte Zölle zu erheben, und zwar in Höhe von 12½ Prozent des Wertes für Importwaren statt bisher 7½ Prozent und 30 Prozent für Luxusimport statt bisher 10 Prozent. Die Exportzölle, die bisher in gleicher Höhe wie die Importzölle erhoben wurden, bleiben unverändert.

Die Handelskammern haben energisch gegen die neuen Zölle protestiert, die den bestehenden Verträgen zwischen China und den Mächten zuwiderlaufen.

## Immer neue Todesurteile.

DE Moskau, 4. Juli.

Das Kreisgericht in Kaluga verurteilte den früheren Agenten der zarischen Obrigkeit, Straßnow, zum Tode. Straßnow soll als Mitglied der Sozialrevolutionären Partei zahlreiche Revolutionäre an die Gendarmen verraten haben. Das Urteil ist bereits vollstreckt worden. Das Oberste Gericht der Tatarenrepublik fällt in einem Prozeß wegen der Ermordung des Dorf-

korrespondenten Jaganow durch Bauern zwei Todesurteile. Das Oberste Gericht in Moskau hat die Berufung der Angeklagten verworfen.

Vor dem Obersten Gericht der Sowjetunion in Moskau beginnt am 6. Juli der Prozeß gegen den früheren zaristischen Offizier, Druschilowski, der beschuldigt wird, sogenannte „Sowjetdokumente“ gefälscht zu haben. Aus der Anlagenschrift geht hervor, daß Druschilowski im Jahre 1921 in der Spionageabteilung des polnischen Generalstabes gearbeitet habe. Ende 1923 kam Druschilowski nach Berlin, wo er verschiedene gefälschte Sowjetdokumente an ausländische Statten verkaufte. So soll der bulgarische Gesandte in Berlin, Popoff, bei Druschilowski solche Dokumente bestellt haben, die nachher bei den Kommunistenprozessen in Bulgarien als Beweismaterial der Anklage dienten.

Moskau, 5. Juli.

Die staatliche politische Verwaltung veröffentlicht Mitteilungen über die Verfolgung dreier Spione und Terroristen, die in der Nacht zum 3. Juni ein Haus neben dem Gebäude der staatlichen politischen Verwaltung zu sprengen versuchten. An der Spitze der Attentäter stand die Monarchistin Sacharschenko-Schulz. Ihre Mitstreiter waren ein ehemaliger Anhänger der Sowjetischen Gruppe, namens Opreput, der von Finnland aus den terroristischen Spionagediensten leitete, und ein gewisser Wosnessensk. Nachdem der Attentatsversuch mißglückt war, flohen die Verschwörer in das Gouvernment Smolensk, wurden aber gefasst und im Kampf mit den Verfolgern im Kreuzeufer erschossen. Bei dem Kampf wurden ein Arbeiter, ein Bauer und ein Militärsoldat schwer verwundet. Ein Chauffeur wurde getötet und sein Gehirne schwer verletzt, weil sie sich geweigert hatten, die Flucht der Terroristen zu unterstehen.

Der Ost-Expreß meldet aus Charkow: Unter den zahlreichen Prozessen der letzten Zeit, die in der Sowjetunion gegen Mitglieder von Räuberbanden geführt werden und mit Todesurteilen endigen, ist eine Gerichtsverhandlung in Korosten insofern von besonderer Bedeutung, als sie die immer stärker in Erscheinung tretende Verquickung des Bandenwesens mit politischen Motiven beleuchtet hat. Den Sowjetbehörden war es gelungen, eine Räuberbande auszuhacken, die Jahre hindurch an der Westgrenze der Sowjetunion und in Sowjetweiskrausland operierte. Wie aus der Anlagenschrift hervorgeht, richtete die Bande ihre Anschläge in erster Linie gegen Sowjetbeamte. Nach Verübung ihrer Mord- und Raubtaten, bei denen die Geschäftsräume der lokalen Genossenschaftsverbände besonders schwer heimgesucht wurden, zogen sich die Anführer nach Polen zurück, um dann nach einiger Zeit wieder auf Sowjetgebiet aufzutreten. Vor Gericht konnte nur ein Teil der Bande, und zwar 29 Personen, abgeurteilt werden. Zehn von ihnen wurden zur Todesstrafe durch Erschießung verurteilt. Das Urteil ist bereits vollstreckt worden. Im Bezirk Dnjepropetrowsk fällt das Gericht ein Todesurteil gegen zwei Arbeiter, die den Arbeiterkorrespondenten des lokalen Blattes ermordet hatten. — Auf Befehl der GPU wurden in Ahschastin (Transkaukasien) vier Banditen erschossen, die an einem Raubüberfall auf einen Autombus auf einer Weichlandstraße beteiligt waren.

## Der Segen des Faschismus.

Der Sozi meldet aus Rom, daß gegen drei frühere Redakteure des Quotidien, die sich seit längerer Zeit in „Schuhhaft“ auf einer Insel befinden, ein Strafverfahren eingeleitet worden ist unter der Beschuldigung, daß sie dem Sozialistenführer Turati zur Flucht aus Italien verholfen hätten. Der Prozeß gegen sie soll Anfang nächsten Monats beginnen. Demselben Blatte zufolge hat der Kampf der italienischen Großindustrie gegen die Arbeiterklasse zur Herabsetzung der Löhne in ganz Italien geführt. In der Provinz Romagna hat die Großindustrie, obwohl sogar die faschistischen Gewerkschaften Einspruch dagegen erhoben hatten, bereits eine Lohnherabsetzung von 30 Prozent durchgedrückt.

Der People erwirkt in diesem Zusammenhang ein düsteres Bild von der italienischen Wirtschaftslage. Die angebliche Wohlfabrik der italienischen Wirtschaft sei nur ein dreister bluff Mussolinis im Interesse der Erhaltung seiner Herrschaft. In Wirklichkeit aber herrsche bis in die höchsten Kreise, die bisher die sichersten Stützen Mussolinis waren, eine tiefe Unzufriedenheit. Das ganze Geschäftswesen, besonders die Hotelindustrie, befinde sich ebenso wie die Großindustrie in einer verwerflichen Lage. Die starke Rezessionierung der Lira hat Hunderten von Unternehmungen wirtschaftlich den Todesstoß verleiht. Die Zahl der Bankrotte ist auf 4280 in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres gestiegen; die Zahl der Arbeitslosen hat sich nach dem eigenen Gehändnis des Drogans Mussolinis vom Dezember bis Mai verdoppelt und übersteigt gegenwärtig 250 000. Die Automobilmotorenfabrik Fiat hat Tausende von Arbeitern in den letzten Monaten entlassen müssen. Dabei wäre die Lage der Großindustrie noch viel schlimmer, wenn nicht Mussolini durch starke Deeskaufträge, besonders an die Textil- und Metallwarenfabriken, einem Teil davon Beschäftigung gäbe. Denn die faschistische Regierung häuft ungeheure Mengen von Kriegsmaterial, Munition und Waffenbeständen für Armee und Marine auf. In Italien sind diese kriegerischen Vorbereitungen, dem Blatte zufolge, offenes Geheimnis.

## Der faschistische Terror.

SPD Paris, 5. Juli. (Radio.)

Der Quotidien meldet aus Mailand, daß in dieser Stadt ebenso wie in Turin, Pisa und Neapel in den letzten Tagen hunderte von Personen festgenommen worden sind. Die faschistische Polizei soll den Befehl erhalten haben, unter allen Umständen heimliche antifaschistische Presseorganisationen aufzudecken. 50 Bürger sind bereits im Laufe der letzten Wochen zu zwanzeiwöchigem Hausarrest auf Inseln verurteilt worden. Ein sozialistischer Arbeiter, der in Triest verhaftet wurde, durch die Flucht sich dem Zwangsaufenthalt zu entziehen, ist zu zwei Jahren Gefängnis und 15 000 Lire verurteilt worden. Am Mittwoch soll in Bologna eine Versammlung der faschistischen Führer Norditaliens stattfinden.

## Cachins Gefängnisstrafe.

SPD Paris, 4. Juli.

Die Regierung hat am Montag in der Kammer eine neue empfindliche Schlappe erlitten. Der kommunistische Abgeordnete Cachin war aufgefordert worden, am Montag mittags 12 Uhr seine mehrmonatige Gefängnisstrafe wegen Ausweisung der Soldaten zum Angehörigen anzutreten. Cachin hatte dieser Aufforderung Folge geleistet. In der Nachmittags-Sitzung der Kammer brachte der sozialistische Abgeordnete Baron einen Antrag ein, daß Cachin an der Ausübung seines Parlamentsmandats nicht behindert werden dürfe. Die Kammer hat diesen Antrag durch Handaufheben angenommen, und Cachin wurde noch am Montagabend wieder in Freiheit gesetzt.

SPD Paris, 5. Juli. (Radio.)

Der sozialistische Abgeordnete Compro-Morel hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Finanzkommission, Malow, sein Amt als Berichterstatter des Haushalts für das Landwirtschaftsministerium niedergelegt, um gegen die ungenügende Höhe der Kredite zu protestieren, die für dieses Ministerium im Haushaltsplan vorgesehen sind. Sie betragen, wie Compro-Morel betont, nur den 12. Teil der Gesamtsumme des Haushalts: 328 Millionen auf eine Gesamtsumme von 41½ Milliarden Franken.

## Die Sozialdemokratie in Indonesien.

SPD Amsterdam, 1. Juli.

Über den Parteitag der Holländisch-Indischen Sozialdemokratischen Partei in Westereben am 21. und 22. Mai d. J. wird nach erst jetzt hier eingelaufener Briefpost aus Soerabaja unterer Parteiblatz Het Volk noch berichtet, daß die wichtigsten Fragen in geschlossener Sitzung behandelt werden mußten, weil es auch heute noch in Indonesien ein Wagnis ist, als Sozialdemokrat und gar als Sprecher auf einem sozialdemokratischen Parteitag bekannt zu sein. Der neue Programmwurf wurde mit wenigen reaktionellen Änderungen einstimmig angenommen. Am zweiten Verhandlungstage hielt Genosse Stokvis in öffentlicher Sitzung eine große programmatische Rede, in der er die nationale Tendenz der Indonesier in erster Linie unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte betrachtet wissen wollte. Die indische Sozialdemokratie müsse sich nationalistisch orientieren, weil die volle Entfaltung der Sozialdemokratie in Indonesien erst nach dem Siege der nationalen Faktoren möglich sei. Daraus ergebe sich eine andere Stellungnahme als bei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Niederlands, für die die koloniale Frage ein Teilstück eines großen Komplexes Fragen ganz anderer Art sei. Die Tatsachen zeigen, daß der neue Volksrat eine Verwirklichung der Massengegenläge gebracht habe. Eine neue politische Periode sei angebrochen, in der die Partei einer sonnigen Zukunft entgegengehe. Über Verhältnisse und Möglichkeiten der indischen Gewerkschaftsbewegung sprach Genosse Koch-Bandoeng, der die europäische Arbeitergruppe Indiens als einen Vorposten des internationalen Kapitals kennzeichnete. Das Interesse der europäischen Gewerkschaftsbewegung leite schließlich zu einer Einheitsorganisation mit den Indonesiern hin.

## Ekland gegen russische Emigranten.

DE Kiew, 1. Juli.

Die estnische Regierung hat die Ausweisung der früheren russischen Jarengeneräle Wassilkowski, Subatow und Kraxow verfügt. General Wassilkowski hat in den Kreisen der russischen Monarchisten in Kiew eine große Rolle gespielt. Die Ausweisung wird damit motiviert, daß die Generale einen heimlich über die russische Grenze nach Estland gekommenen Flüchtling unangenehm beherrschten hätten. Sollte die Ausweisung wegen der Staatensicherheit der Genannten nicht zu verwirklichen sein, so werden die drei Generale in Ekland interniert.

In Leningrad wurde dieser Tage der Lokomotivführer des zwischen Kiew und Leningrad verkehrenden Zuges ohne Angabe von Gründen von den Sowjetbehörden verhaftet. Der Zug wurde von Sowjetpolizei durchsucht. Vor einiger Zeit wurde ebenfalls in Leningrad drei weitere estnische Lokomotivführer verhaftet, die sich noch bis heute in Haft befinden.

Die 24. Tagung der Interparlamentarischen Union wird vom 25. bis 30. August in Paris im Gebäude des Senats unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Doumer stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. eine allgemeine Aussprache über die Weltwirtschaft, dann die Schaffung einer europäischen Zollunion und die Frage der allgemeinen Abrüstung sowie die Kodifizierung des internationalen Rechts. Unter den Berichterstattern figurieren u. a. über die Abrüstungsfrage der Abgeordnete Sollmann, für die Frage des internationalen Rechts der Abgeordnete Prof. Schäding.

Ein deutsch-griechischer Streit. Die griechische Regierung bringt einen Streitfall mit der deutschen Botschaft über die Lieferung eines Kreuzers vor den Völkerbundrat. Dieser Kreuzer war 1912 bestellt und konnte während der Kriegszeit nicht abgeliefert werden. Jetzt will ihn aber Griechenland nicht mehr abnehmen, unter Berufung auf Artikel 190 und 192 des Verfallens-Vertrages, nach dem in Deutschland auch für andere Staaten keine Kriegsschiffe mehr gebaut werden können, zu welchen Bestimmungen jedoch die Völkerbundkonferenz eine Ausnahme für den genannten griechischen Kreuzer genehmigt hat.

Die bulgarische Regierung entschuldigt sich. Wie wir schon berichtet haben, wurde Genosse Dr. Kurt Rosenfeld in Sofia festgenommen und aus Bulgarien ausgewiesen. Er hatte sich beschwerdend an das Auswärtige Amt gemeldet und wegen der Behandlung, die ihm in Sofia zuteil geworden war, Genugtuung verlangt. Daraufhin hat das Auswärtige Amt dem Genossen Rosenfeld schriftlich mitgeteilt, daß der bulgarische Gesandte in Kiew, der in Kiew am 1. Juli vorgelassen wurde, erklärt hat, daß er den Borzsa bedauere. Damit hat die bulgarische Regierung, entgegen den Schwändelnachrichten der bulgarischen Regierungspresse, anerkannt, daß kein Grund vorlag, den Genossen Rosenfeld in Bulgarien zu behalten.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkische Regierung zu Ehren des Besuches Mustafa Kemal Pascha beschlossen hat, den Namen der Stadt Konstantinopel in Kemaal umzuwandeln. Ein diesbezügliches Gesetz wird sofort dem Parlament zugehen. Mustafa Kemal Pascha wird sich von Konstantinopel nach Karisbad zur Kur begeben. Auf dem Rückwege wird er dem Quotidien zufolge, sich in Belgrad aufhalten, um dort den Handelsvertrag zwischen der Türkei und Jugoslawien, über den seit einiger Zeit verhandelt wird, zu unterzeichnen. Es ist möglich, daß darüber hinaus bei dieser Gelegenheit auch ein Freundschaftspakt zwischen beiden Regierungen abgeschlossen wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Kurt Günther in Leipzig.

Verantwortlich für den Interaktenteil:

Hugo Seppand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

## Sie verdienen mehr,

wenn Sie wirtschaftlich handeln und Ihr Fahrzeug mit den besten Reifen versehen. Das Beste ist auch hier das Billigste.

Fahren Sie den

# Continental

Reifen

Er ist elastisch, schnell und haltbar.

Für die Abonnenten von Mit-Leipzig liegt der heutigen Nummer ein Handzettel des Driscorcinus Mit-Leipzig bei.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Kartoffeln, Schweinefleisch und Zucker.

Silberding zur Zollvorlage.

Berlin, 4. Juli 1927.

Die Sitzung wird um 14 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die Vorlagen über Zolländerungen.

Reichsfinanzminister Dr. Brücher.

Führt aus, daß für eine Reihe wirtschaftlicher Erzeugnisse die Zölle nur festgelegt werden müssen, wenn am 1. August im Zolltarif nicht ein Vakuum entstehen sollte. Da die wirtschaftliche Entwicklung sich noch nicht übersehen lasse, so soll der Zolltarif vom Jahre 1926 bis auf die Höhe für diese Erzeugnisse nur verlängert werden. Die Regierung werde auf eine Prüfung der Frage hinarbeiten, welche Zollsätze in dem neuen Zolltarif geändert werden müßten. Das Anwachsen der Einnahmen aus den Zöllen bereite dem Minister Sorge, sind sie doch von 590 Millionen im Jahre 1925 auf 940 Millionen im Jahre 1926 gestiegen. (Hört, hört! links.) Nicht nur aus fiskalischen Gründen sei diese Steigerung bedenklich, sie befaße auch die breite Masse der Bevölkerung, die daneben noch an den indirekten Steuern zu leiden hätte.

Reichsernährungsminister Schiele.

Jetzt sei ein Verständnis an der Landwirtschaft gutzumachen, und zwar gerade im Einklang mit den Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz. (Lachen links.) Zwischen den Zöllen auf landwirtschaftliche und auch industrielle Erzeugnisse müsse eine Parität hergestellt werden, und diesem Zwecke diene die Vorlage. Die Verminderung der Kaufkraft der Landwirtschaft habe mit zur industriellen Depression geführt. Die Ursache der Industriellenot und der Arbeitslosigkeit in Europa sei in der Disparität zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion zu erblicken. Der Landwirtschaft müsse eine angemessene Lebenshaltung gesichert werden; das sei bisher nicht gelungen. Der Abbau der Zollmauern zwischen den Völkern sei eine Angelegenheit des Welthandels; der Zollschutz für die Landwirtschaft aber sei eine innere Angelegenheit der einzelnen Länder. Die deutsche Landwirtschaft wolle nicht in Gegensatz zur deutschen Industrie geraten, wo er bestes, wolle sie auf dessen Befolgung hinarbeiten. Die eigentliche Krankheit Europas liege in der Industrialisierung der anderen Länder und dem Rückgang der industriellen Kaufkraft Europas. Besonders Amerika brauche die europäischen Industrielerzeugnisse nicht mehr so wie vor dem Kriege. Um den kleiner gewordenen Weltmarkt müsse ein erbitterter Kampf geführt werden, daher müsse jedes Land, vor allem Deutschland, den inneren Markt mehr als bisher stärken. Wir brauchen Schutzzölle auf solche Waren, die im Ausland mit geringeren Kosten als bisher hergestellt werden können. Deutschland sei auf das stärkste daran interessiert, daß die gegen sie gerichteten Zollmauern abgebaut werden, aber bei der starken Belastung, die auf der deutschen Wirtschaft liege, sei es unmöglich, daß Deutschland mit dem Zollabbau vorangehe. Auch vom Standpunkt des Verbrauchers bedeute ein gleichmäßiger Zollschutz keine Belastung, im Gegenteil, er trage zur Verbesserung der Produktion bei. (Lachen links.) Die Einfuhr von Lebensmitteln im Jahre 1926 in Höhe von 2 Milliarden bedeute eine unerträgliche Belastung der deutschen Wirtschaft. (Abg. Silberding (Soz.): Curtius ist anderer Meinung!) Selbst wenn der Minister Curtius anderer Meinung darüber sein sollte, so bedeutet das doch nichts.

wir wollen in der Regierung keine Uniformität, sondern eine Mannigfaltigkeit der Meinungen. (Lachen, Heiterkeit links.)

Die Zollsätze hätten die Eigenschaft, daß das Ausland sie mittragen müsse. Das treffe wesentlich bei den Fleischzöllen zu, aber ebenso beim Zuckerzoll. Auch der Kartoffelzoll werde zum größten Teil nicht von deutschen Verbrauchern getragen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ungehört!) Die Zollentnahmen seien um so geringer, je besser die Ernte ausfalle. Es sollen jetzt vor allem die Erzeugnisse besser geschützt werden, die aus der bäuerlichen Wirtschaft hervorgehen. Damit werde der Zoll zu einem wirksamen Bauern- und Landarbeitererschutz, der auch zu einer Verbesserung der Produkte führen werde. (Widerpruch links.) Von einer Bedrohung der Ernährung könne keine Rede sein. Mehrere kommunistische Abgeordnete werden zur Ordnung gerufen, weil sie dem Minister Schimpfwörter zürnen. Es werde möglich sein, die landwirtschaftliche Bevölkerung auf dem Lande festzuhalten und ihr Abströmen nach den Städten zu unterbinden. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität durch Zollschutz sei nicht allein eine Frage der Sicherung der Preise, sondern auch eine sozialpolitische und bevölkerungspolitische Frage.

Abg. Silberding (Soz.).

Auch der Reichsrat hat gegen die Zollpläne Stellung genommen und Sie können doch nicht behaupten, daß diese Körperschaft in landwirtschaftlichen Dingen nicht mitsprechen könne. Vor dem Kriege hat nicht einmal der damalige Vorkriegsstaat die Zumutung an das Volk gestellt, die Kartoffeln durch Zölle zu verteuern, denn dieser Zoll ist ganz sinnlos. Bei einer guten Kartoffelernte nützt der Kartoffelzoll überhaupt nichts. Um so mehr wirkt er aber bei einer schlechten Ernte, also gerade dann, wenn die Preise ohnehin in die Höhe gehen. Im vorigen Jahre hatten wir eine schlechte Kartoffelernte, infolgedessen stieg der Preis für Kartoffeln im Großhandel auf 6,45 Mark per Zentner, gegenüber 2,40 Mark im Jahre 1918, also um 126 %. Während im letzten Vorkriegsjahr 1918 im Einzelhandel das Pfund Kartoffeln 8 Pfennige kostete, kostet es jetzt 34 Pfennig, er ist also um 180 Prozent gestiegen. Und gerade in dieser Zeit der höchsten Kartoffelnot bringt die Regierung ihre Vorlage auf Erhöhung des Kartoffelzolls ein. (Hört, hört! links.) Nun sagt die Regierung, daß dieser Satz erst am 1. Dezember in Kraft treten soll. Warum wird wohl dieser Zeitpunkt ausgewählt? Weil er für den Zollkrieg mit Polen aufrechterhalten bleiben soll.

Jetzt werden nicht nur Steuern, sondern auch Zölle ihesauriert. Die Deutschnationalen wollen die Zölle auf Borax auch auf die Zeit bewilligen lassen, wo sie vielleicht nicht mehr in der Regierung sitzen.

Die Deutschnationalen sind ja mit ihren Preisen herabgegangen. Für die Aufgabe der deutschnationalen Prinzipien bei der Verabschiedung der Dawengesehe im Jahre 1925 mußte man noch sehr viel zahlen, allgemeine Zollserhöhungen, grundsätzliche Aenderung der gesamten Handelspolitik. Heute sind die Deutschnationalen schon sehr viel billiger geworden. Das ist aber auch der einzige Preisabbau, den man bisher in Deutschland erlebt hat. Wir jedoch müßten für den Deutschnationalen Nonnauer überhaupt nicht zahlen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Jetzt hat der Reichsrat diese Vorlage abgelehnt. Nach dieser Ablehnung ist die Einbringung der Vorlage eine der größten Blamagen, die selbst diese Regierung erlebt hat. Eine solche Mannigfaltigkeit der Meinungen, die Herr Schiele an dieser Regierung gerühmt hat. Es ist eine Unmöglichkeit der Deutschnationalen, wenn sie fortwährend noch Homogenität zwischen der Reichs- und der preussischen Regierung rufen. Sorgen Sie (nach rechts) doch einmal erst bei sich selbst für diese Homogenität! Besser wird es allerdings auch dadurch nicht werden. Besser wird es, wenn die Reichsregierung eben so aussteht, wie die preussische Regierung (Wahl rechts). Die Meinung der preussischen Regierung im Reichsrat wäre noch viel deutlicher zum Ausdruck gekommen, wenn nicht die Vertreter der agrarischen Provinzen gegen sie gestimmt hätten. Im übrigen ist die preussische Regierung jederzeit bereit, mit dieser Parole vor die

Wähler zu gehen, wir würden ja dann sehen, wie die Deutsche Rente für das Zucker-Kartell. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es ist richtig, daß die Lage der Zuckerindustrie nach der Währungsstabilisierung schwierig war. Aber seitdem hat sie sich doch wesentlich gebessert. Seit vorigem Jahre haben wir unausgeseht steigende Zuckerpriese, der Zuckergoll wirkt sich rektlos im Zuckerpriese aus. Das Kartell sorgt dafür, daß jeder überflüssige Zucker ins Ausland gebracht wird und dadurch wirkt sich der Zoll fast rektlos im Preise aus. Jede Erhöhung des Zuckergolls wirkt also heute als Rente für das Zucker-Kartell. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nun sagen die Zuckerfabriken, daß ihre Generaluntkosten sehr hoch seien, weil sie weniger verarbeiten als vor dem Kriege. Es würde also doch richtig sein, eine Steigerung des inländischen Verbrauchs zu erzielen durch die Senkung der Zuckerpriese. Und dieser inländische Verbrauch ist noch einer außerordentlichen Steigerung fähig. Wir stehen im Zuckerverbrauch an drittelster Stelle.

Nur Italien und Rußland verbrauchen noch weniger Zucker als wir. (Hört, hört! links.) England und Amerika verbrauchen mehr als doppelt soviel als wir, Schweden und die Schweiz das anderthalbfache.

Aber die in der Vorlage enthaltene Zuckersteuererhöhung soll abhängig gemacht werden von einer Zuckerzollerhöhung. Die Zollerträge sind, wie der Reichsfinanzminister heute selbst erklärt hat, wesentlich gestiegen worden. Angesichts dieser Massenbelastung ist es eine Fiktion, daß man zusätzlich auch noch den Meßzoll erhöht hat, indem man das französische Zollprivilegium ablaufen ließ. Wir haben jetzt den höchsten Zuckerpriese, den wir je erlebt haben. Es ist unheimlich, in einem solchen Moment noch die Wehlocherhöhung Platz greifen zu lassen. Auch die Erhöhung des Schweinefleischpreises ist untragbar. Die Preise für Schweinefleisch sind zur Zeit zum Teil sehr hoch. Aber wir hatten auch schon vor dem Kriege die Erfahrung, daß mit dem Anwachsen des Schweinebestandes der Absatz nicht gleichen Stand hielt, und die Preise fielen. Mit dem Zoll hat das aber nichts zu tun. Hilfe ist für den bäuerlichen Schweinezüchter notwendig, aber sie wird nicht erzielt durch Erhöhung der Zölle. Wenn Sie (nach rechts) die bäuerlichen Kleinbetriebe unterstützen wollen, müssen Sie ihnen die Forderung des Getreidezollbefreiung, dann ist erst ein dauernder Vorteil für den Schweinezüchter gegeben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Schicksal dieser Vorlage hängt vom Zentrum ab, das aber in seiner Entscheidung nicht frei ist. Denn im August 1925 hat im Ausschuss Herr Lammer versichert, daß die dort festgelegten Zollsätze innerhals 3 oder 4 Jahre nicht erhöht werden sollen. Das war kein Versprechen, das das Zentrum uns abgegeben hat, sondern es war in erster Linie für die christlichen Arbeiter bestimmt. Trotz dieser Erklärungen kamen im vorigen Jahre die Zollserhöhungen auf Roggen und Weizen, auf Mais, Futtergerste, Wehl. Wir fordern jetzt die Einlösung dieser Versprechungen, an die das Zentrum gebunden ist! Denn wir wollen nicht, daß den deutschnationalen Agitatoren auf dem Lande zutiebe eine volkswirtschaftlich unsinnige Zollserhöhung vorgenommen wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vorläufig hat aber erst das preussische Zentrum das Wort gehalten, das das Reichstagszentrum verstanden hat. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es ist ganz klar, daß es sich hier darum handelt, den Großagrariern Konzessionen zu machen. Durch Zollserhöhungen werden die Preise für landwirtschaftliche Grundstoffe weiter hochgetrieben und damit erschweren Sie (nach rechts) die Stellung. Sie würden also die Bemühungen der preussischen Regierung um die Stehlung im Osten erschweren. Wie ernst es der preussischen Regierung mit dieser Stehlung ist, beweisst ja erst, jetzt wieder die Ernennung unseres Parteigenossen Krüger zum Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium. (Wahl bei den Soz.) Es handelt sich aber hier nicht allein um die innenpolitische, sondern ebenso sehr um die außenpolitische Wirkung der Zollserhöhungen.

Der Reichstag hat ja leider keine Gelegenheit bekommen, zur Weltwirtschaftskonferenz Stellung zu nehmen. Der Reichswirtschaftsminister hat nur den Reichswirtschaftsrat dazu aufgefordert. Wir haben die Weltwirtschaftskonferenz begrüßt, weil die großen wirtschaftlichen Fragen nicht mehr innerhalb der einzelnen Staaten zu lösen sind, sondern weil dazu eine Kooperation der großen europäischen Staaten erforderlich ist. Wir unterstützen uns auch hierin von der größten Regierungspartei, deren Vertreter die Verhandlungen in Genf als Geschwäch bezeichnet hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir sehen, daß der Kapitalismus schon längst die Grenze der eigenen Staaten gesprengt hat, daß die produktiven Kräfte gegen die Staatsouveränität protestieren und über diese Souveränität hinaus zu einer Regelung kommen. Der frühere englische Handelsminister Runciman hat auf der Weltwirtschaftskonferenz gesagt, wenn die einzelnen Staaten ihre Zölle erhöhen würden, so würden sie dafür die Verurteilung der Welt in Kauf nehmen. Damit ist die Antwort auf die heutige Rede des Herrn Schiele schon vorweg gegeben worden.

Herr Schiele's Haltung ist ja überhaupt sehr merkwürdig. Bei der Weltwirtschaftskonferenz hat er in landwirtschaftlichen Versammlungen für die Autokratie ausgesprochen und verlangt, daß Deutschland sich vom Weltmarkt unabhängig machen solle. Auf der Weltwirtschaftskonferenz ist erklärt worden, wenn die Staaten zur Selbstgenügsamkeit kommen wollten, so sei es Aufgabe der Konferenz zu zeigen, daß diese Politik Opfer an materiellem Wohlstand bringt, und daß dieser Verlust von den Verbrauchern getragen werden muß. Das ist die schärfste Verurteilung der Ansichten des Herrn Schiele. Herr Schiele hat vor der Konferenz für die Autokratie Propaganda gemacht, bis Herr Stresemann sich sagte, das es so nicht weiter gehe.

Und Stresemann hat genau das Gegenteil von dem, was Herr Schiele sagte, als Politik Deutschlands verkündet. Herr Curtius hat ausdrücklich nochmals proklamiert, daß der Augenblick gekommen sei, wo sich die Staaten über die Zollpolitik einigen müßten.

Herr Curtius will die Zölle feststellen, die herabgesetzt werden können. Das müßte ein großes Ministerium doch innerhals 8 Tage machen können. Wenn man die Interessenten fragt, dann sagen sie: lassen Sie möglichst den Zoll der andern herab. Aufgabe der Regierung ist es, die Diagonale zwischen den Wünschen der Interessenten zu ziehen. Vor 2 Jahren wurde uns gesagt, daß die Zollvorlage nur von kurzer Dauer sein sollte. Diese 2 Jahre sind vorbei, aber die angekündigte endgültige Zollvorlage ist noch nicht gekommen. Inzwischen wurde aber noch kein Abschluß mit Frankreich zustande gebracht, mit Polen befinden wir uns im Zollkrieg, mit Kanada ist auch noch kein Vertrag, der die Vorbedingung für eine Verständigung mit Australien und Afrika ist, zustande gekommen. Statt dessen kommt diese Zollvorlage, die für das Inland unerträglich ist, im Ausland aber die deutsche Regierung und das deutsche Wort diskreditieren muß. Wir können diese Vorlage nicht annehmen. Selbst vom Standpunkt der Agrarier und Schutzzölle hätte man mit ihr noch warten können. Wir werden die entsprechenden Anträge im Ausschuss stellen und sie mit um so größerer Selbstsicherheit vertreten können, weil dieser Reichstag gar nicht das Mandat hat, über Zollvorlagen zu beschließen.

Fragen Sie doch die Wähler darüber, aber dazu fehlt ihnen der Mut. Wenn die Herren von der äußersten Linken Obstruktion treiben wollen, so sollten sie doch bedenken, daß wenn kein Beschluß zustande kommt, der noch höhere autonome Zolltarif in Kraft tritt.

Dieser Reichstag ist veraltet. Wenn Sie uns nicht glauben, dann fragen Sie die Wähler und deren Antwort würde für Sie (nach rechts) vernichtend, aber ein glänzendes Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie sein. (Wahl, Beifall bei den Soz.)

Abg. Henneke (Komm.) bezeichnet die Rede des Ministers Schiele als ein Gemisch von Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen und Verdrehung der Tatsachen. Seine Behauptung, die Zölle würden zur Verbilligung der Preise führen, sei ganz unrichtig und widerspreche auch der Begründung, die Herr Schiele seinen Zollforderungen in Landbauversammlungen gibt. Es sei eine unerhörte Zerschlagung der öffentlichen Meinung, wenn der Minister behauptet, die Zollserhöhungen würden den Kleinbauern oder gar den Landarbeitern einen Vorteil bringen. Der Kampf der Sozialdemokraten gegen die Zollserhöhungen sei nicht erst zu nehmen. Dr. Silberding habe um die Gunst des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gebuhlt, weil er die große Koalition im Reiche wieder herzustellen wolle.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) übt scharfe Kritik an der Verschleppung der Zollvorlage, deren Ursache der Gegensatz der handelspolitischen Tendenzen innerhalb der Regierungskoalition sei. Die Gefahren der Hochzollpolitik seien für Deutschland besonders groß. Die Vorlage der Regierung diene weder unsern wirtschaftlichen Bedürfnissen, noch unserm internationalen Prestige.

Abg. Urbahn (linker Komm.) sagt dem Abg. Henneke, daß seine radikalen Äußerungen nicht darüber wegäufeln könnten, daß er eine ganze Reihe von Heilungsmethoden vorgeschlagen hat. Die Bürgerblockregierung, geboren auf dem Wege der Demokratie, sei berufen, die tatsächlichen Methoden der Bürgerkassen gegen die Arbeiterkassen durchzuführen. Für den Kampf des Sozialtarifs gegen den Bürgerblock müßten die Betriebsräte mobil gemacht, und die kommunistische Partei müßte von den Opportunisten getrennt werden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Henning (Woll.) und Feder (Nat.-Soz.) werden die Vorlagen dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Haus beginnt dann die Beratung der 2. Lesung der Arbeitslosenversicherung. Der sozialpolitische Ausschuss, über dessen Verhandlungen Abg. Andree (Ztr.) berichtet, beantragt die Annahme der Vorlage in der von ihm geschaffenen Fassung. Außerdem empfiehlt der Ausschuss mehrere Entschärfungen, die die Schaffung einer Sonderversicherung für die Landwirtschaft, die Neuregelung der Zulassung von Ernteklassen, die Erweiterung der Versicherungs-grenze für Angestellte und die Regelung der Verhältnisse bei der Arbeitsverteilung verlangen.

Staatsrat v. Romer gibt für die bayerische Regierung eine Erklärung ab, wonach sie starke Bedenken gegen die Vorlage habe, besonders deshalb, weil durch die Zentralisierung der Verwaltung die staatliche Selbständigkeit der Länder beeinträchtigt würde. (Zuruf von den Soz.: End das Ihre nationalen Sorgen?) Die Schaffung einer Reichsversicherung für die Arbeitslosenversicherung sei ein Eingriff in eine Tätigkeit, die den Ländern obliege und verstoße damit gegen die Verfassung. (Unruhe links.) Die weitere Beratung dieses Gegenstands wird auf Dienstag verlag.

Das Haus beschäftigt sich dann noch mit einem Antrag der Regierungsparteien, wonach der sozialpolitische Ausschuss, wenn ihm die Vorlage über die Neuregelung der Beamtenbezahlung zugeleitet wird, auch über die im Zusammenhang damit stehende Zusage der Bezüge der Exorzisionsberechtigten Beschlüsse fassen soll. Die sozialdemokratische Fraktion hat dazu einen Verweigerungsantrag eingebracht, wonach die sich aus einer Abschlagszahlung für die Beamten ergebenden prozentualen Zuschläge auf die Renten der Kriegsoffer unverzüglich zur Auszahlung gebracht werden.

Abg. Volkst. wendet sich gegen den Antrag der Regierungsparteien, weil dieser keine Verbesserung des Antrags der Regierungsparteien bringen würde.

Abg. Frau Reiche (Soz.)

steht im Gegensatz dazu, daß der Antrag der Regierungsparteien eine Verletzung des § 84 des Verfassungsgesetzes bedeute. Wenn eine Verbesserung der Bezüge der Beamten erfolge, so muß in Verbindung damit die Verbesserung der Renten der Kriegsoffer vorgenommen werden. Diese Verbesserung sei ja ohnehin schon längst von der Regierung versprochen worden.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Bei der Beratung darüber, ob ein kommunistischer Antrag zu der geplanten Fortsetzung noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werden soll, erklärt Abg. Schuyh-Bromberg für die Regierungsparteien, daß über diese Frage im Haushaltsausschuss gesprochen werden solle.

Abg. Müller-Franken (Soz.) stellt in Verbindung damit fest, daß diese Debatte die Erfüllung des Wunsches der Sozialdemokratie sei, wonach das Verhältnis des Sparkommissars zum Reichspostministerium im Ausschuss erörtert werden solle.

Gegen die Aussetzung auf die Tagesordnung wird von rechts widerprochen.

Um 19 Uhr verlagt sich das Haus auf Dienstag, 14 Uhr. Fortsetzung der Beratung der Arbeitslosenversicherung.

Eine furchtbare Quittung.

Die Mord- und Selbstmordstatistik einer Gesellschaft ist der Gradmesser ihrer Bewährung. Wenn die Gesellschaft einmal soweit sein wird, daß sie einem jeden sein Auskommen garantiert, wird das verweissungsvollste aller Verbrechen, der Mord am Nebenmenschen, verschwinden bis auf jene ganz wenigen Fälle, in denen Krankhaftigkeit oder Leibenshaft der Antriebe waren. Das heute hauptsächlich in Frage kommende Motiv fast aller Morde ist die soziale Not. Der Mörder fühlt sich der Gesellschaft, die ihn der Verzweiflung überläßt, nicht mehr verpflichtet. Nicht nur das Leben seines Opfers, sondern auch das eigene ist ihm nicht mehr wertvoll, denn er legt es bei der Tat auf ein Spiel. In vielen Ländern tötet ja der Staat den selbst, der einen andern tötete. Je mehr Mörder eine Gesellschaft aufweist, um so verfallener bedürftiger muß sie sein. Die Mordstatistik ist also eine Quittung.

Der Freistaat Preußen, der zwei Drittel von Deutschland umfaßt, veröffentlicht jetzt die amtlichen Ziffern geförderter Morde im Jahre 1926. Danach wurden dort in dem einen Jahre 886 Menschen von ihren Mitmenschen getötet. Davon sind 12 11 Männer, 1 Frau) legalisierte Tötungen durch den Staat, also sogenannte Hinrichtungen. Von den anderen 874 Morden oder Totschlägen entfällt fast ein Drittel auf Kinder bis zu einem Jahre, die ziemlich alle von ihren Müttern getötet wurden. Dieses Drittel ist die bedrückteste Anklage gegen die Gesellschaft, und nicht etwa gegen die Mütter. Der Staat mit seinem § 118 zwang diese Mütter, den empfangenen Keim bis zur Kindeswerbung auszutragen, aber die Sorge um das Kind selbst überließ er den Müttern. Wenn eine Mutter ihr Kind mordet, wird sie — mit ganz seltenen Ausnahmen — den Umkreis aller Existenzmöglichkeiten bis auf das letzte Hoffnungsschimmerchen durchforstet haben. Sie selbst muß so von der Not zermürdet sein, sie selbst muß so am Leben verzweifelt sein, daß sie zu der Ansicht kommt, sie müsse ihrem Kinde den Weg in diese von einer erbarmungslosen Ordnung geregelte Gesellschaft erparan. Sicherlich gefassten diese Kindesmörder meist wenig Bewußt, sondern mehr instinkthaf oder in dumpfer Lethargie. Denn die Mütter, die zu diesem letzten Auswege getrieben werden, gehören ja fast ausnahmslos den sozial tiefstehenden, also intellektuell wenig gefassten Schichten an. Der Staat aber, zum mindesten seine Verantwortlichen, müßten sich bei der Erwägung dieser Statistik sagen: nicht der Ermordete, nicht der Mörder sind schuldig, sondern in erster Linie das, was zum Morde treibt. Das aber ist die Gesellschaftsordnung des Staates selbst. Skopticus.

# Erkelenz, der Manchestermann.

Vor ein paar Wochen hatte Adam Stegerwald mit einer Rede Aufsehen erregt. Sie rauchte durch den deutschen Wälderwald und verhalf dem Führer der christlichen Gewerkschaften zu neuen Freunden in der Unternehmerwelt. Hatte er sich doch den Anschein gegeben, als könne er die preussische Sozialdemokratie an der Kandare führen. Was natürlich eine arge Fiktion war!

Der leichterbundene Ruhm des christlichen Arbeiterführers hat den Reich des Hirsch-Dunderschen Vorstehenden Anton Erkelenz gewekt. Adam kann, muß Anton doch auch können! Also hielt auch er eine aufsehenerregende Rede. Ihr Schauplatz war Hamburg, wo die Gesellschaft für Soziale Reform Ende Juni ihren Kongress abhielt. Erkelenz hatte ein Referat zum Thema „Selbstverwaltung in der Sozialpolitik“ übernommen. Auch die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie treten für stärkere Selbstverwaltung, für Einschränkung des Bürokratismus in der Sozialfürsorge ein. Was aber Erkelenz in Hamburg empfahl, war eine glatte Übernahme des längst überlebten liberalen Manchestertums auf die Sozialpolitik:

## Selbsthilfe anstatt Staatshilfe.

Nur aus Feindschaft gegen die demokratischen Strömungen im Volke habe Bismarck seinerzeit den Staat zum Träger der Sozialpolitik gemacht. Daraus sei der Fürsorgerstaat von heute erwachsen, der die Wirtschaft und die Arbeiter mit zu hohen Beiträgen belaste.

Erkelenz hatte schon zu Beginn seiner Rede erklärt, er wolle einmal ordentlich ins Fettnäpfchen treten. Er ist hierbei ausgerückt und auf die Nase gefallen! Der Korreferent Brauweiler, Geschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände, stimmte dem demokratischen Abgeordneten und Arbeiterführer in weitem Umfange zu. Damit ist Erkelenz als Sozialpolitiker so ziemlich abgetan. Herr Brauweiler hatte sich von dem demokratischen Beiratsmitglied der Erkelenzrede nicht beirren lassen in der Erkenntnis, daß die Unternehmerrasse Vorhieb leisten werde, bei ihrem Kampfe gegen den sozialen Fortschritt. Dagegen traten die Diskussionsredner fast durchweg dem Hirsch-Dunderschen „Reformer“ entgegen — am entschiedensten Professor Lönies, Kiel und Genosse Spieß vom A.D.B.

Als Anton Erkelenz merkte, was er angerichtet hatte, suchte er wie sein Vorbild Stegerwald, seine Rede nachträglich abzuwischen. Im demokratischen Zeitungsdienst erschienen Erklärungen und auch eine „Richtigstellung“, deren letzter Satz geradezu klassisch anmutet:

„Ueber die ganze Frage habe ich im Verlauf der Jahre soviel geschrieben, daß jeder aus meinen Schriften feststellen kann, was ich in Hamburg wirklich gesagt habe.“

Zawohl — das stimmt! Schon im April hat Erkelenz in einem Artikel „Fehler des Arbeitslosenversicherungsgesetzes“ Gedanken-gänge entwickelt, die wie diesmal in Hamburg der Zustimmung der Unternehmerrasse gewiß sein konnten. Damals wandte er sich in der Hauptsache gegen den „Gefahrenausgleich“, also gerade gegen die Einrichtung, welche für die von Arbeitslosigkeit am stärksten heimgesuchten Berufsgruppen eine gewisse Sicherheit schafft. Der Mann scheint von dem liberalen Fimmel der Selbsthilfe unheilbar erfaßt zu sein!

Den Unternehmern könnte es schon passen, wenn den Arbeitern die Staatskasse völlig entzogen würde. Dann bliebe doch mehr Geld für sie selbst übrig, für die Beihilfen und Subventionen aller Art, um die sie den Staat dauernd bestürmen. Es ist übrigens ein kaum fahbarer Anachronismus, heute noch von Selbsthilfe in der Form zu reden, wie es Erkelenz tut. Wenn das Reich die Unternehmerrasse durch Gesetze schützt, wenn es z. B. den Kohlen- und Kalibergbau durch besondere Gesetze in Sonderrechte organisiert und unter seine Obhut nimmt, ist für die liberale Manchestertum kein Platz mehr.

Wie gründlich Herr Erkelenz mit seinem liberalen „Fettnäpfchen“ heringefallen ist, konnte er am 3. Juli aus der Deutschen Bergwerkszeitung ersehen. Dieses Essener Schärfermacherblatt quillt ihm nämlich, daß Erkelenz, der von ihm vertretenen sozialpolitischen Richtung nicht mehr fernstehe! Mit seiner Kritik, namentlich am verantwortlichen Stellen: Schlichtungswesen, habe er „vollkommen recht.“ Dieses Lob mag sich der Führer des Gewerkschaftsrings an den Spiegel stecken!

Die Frankfurter Zeitung steht sich in ihrer Sonntagmorgenausgabe veranlaßt, für ihren Parteifreund Erkelenz, eine warme Lanze einzulegen. Auch sie gibt einen Kommentar zu seiner Hamburger Rede und meint, sie sei milder zu sein worden. Erkelenz habe nicht die staatliche Sozialpolitik, sondern nur deren fortschreitende Bürokratisierung verwerfen wollen. Allerdings habe er sich in so zugespitzter Form ausgedrückt, daß Mißverständnisse möglich waren. Vielleicht sei er auf seiner Studienreise von den amerikanischen Verhältnissen stärker beeindruckt worden, als gut für ihn war.

Uns scheint das auch so. Eigenartig ist auch hier die Keckheit des Falles Erkelenz mit dem Fall Stegerwald. Hier wie dort haben angelehnte bürgerliche Parteizeitungen sich Mühe, das Ururteil der beiden Arbeiterführer nach rechts als harmlos erscheinen zu lassen. Die Demokratische Partei kann ihren Erkelenz als Paradepferd ebensowenig entbehren, wie die Zentrumspartei ihren Stegerwald.

H. T.

## Gemeinden und Arbeitslosenversicherung.

Der gegenwärtige Kampf im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wegen der Eingliederung von Kommunalverordnungen in die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise, der Landarbeitslosenstellen, sowie in den Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung veranlaßt den Vorwärts, einer Zuschrift Raum zu geben, die mit folgenden Feststellungen schließt:

Wenn wir uns die Tätigkeit der Kommunen in der Praxis in bezug auf Ausbau des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung ansehen, so müssen wir gestehen, daß mit rühmlichen Ausnahmen, insbesondere in großen Städten, und in solchen Kommunalverwaltungen, wo fortschrittliche Männer, vorab unsere Parteigenossen maßgebenden Einfluß haben, der Frage des Arbeitsnachweises nicht die gebührende Beachtung geschenkt wurde. Von Kennern der Dinge wird behauptet: Der schlechteste Raum, der nach Ansicht der Kommunalverwaltung unfähigste Beamte oder Angehörige, bilden den Arbeitsnachweis. Es gibt Arbeitsnachweiseräume, die jeder Beschreibung spotten. In Bodenräumen, halbverfallenen Hintergebäuden und früheren Stallungen sind die Arbeitsnachweise teilweise untergebracht.

Wenn viele der Beamten und Angestellten, die nach Ansicht der Kommunen sonst nicht tüchtig genug waren und deshalb in den Arbeitsnachweises kamen, sich dennoch darin bewährten, so ist das wahrlich nicht Absicht der Kommunen gewesen, sondern es waren eben Männer, die zwar in der engen kommunalbürokratischen Verwaltung keine Befriedigung fanden, um so mehr aber im Arbeitsnachweis mit seinem warm pulsernden Leben ein reiches Betätigungsfeld gewannen. Versuchten sie aber den Arbeitsnachweis auszubauen, wozu sie ja die Kommunalverwaltung benötigen, dann wurden ihnen nicht selten armbide Knäpfe zwischen die Beine geworfen. Wenn also im Sozialpolitischen Ausschuss von einer „Erfahrung der Kommunen“ geredet wird, so ist zu entgegnen, daß die Kommunen mit rühmlichen Ausnahmen alles getan haben, um die Arbeitsnachweise in ihrer Entwicklung zu hemmen. Ihre Erfordernisse liegen eher auf dem Gebiete der Sabotage der Arbeitsnachweise und der Arbeitslosenversicherung. Sie haben sich

überdies auch reichlich schablos gehalten auf Kosten der Arbeitslosen für die mit Rücksicht auf ihre kommunalpolitischen Interessen. Kurzum, die Arbeitslosenversicherung kann als Selbstverwaltungsorganisation keine kommunalen Zwischenglieder gebrauchen.

## Die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit.

### Wie lange sucht man eine Stellung?

Verschiedene lange, je nach der Konjunktursituation in dem betreffenden Gewerbezweige, je nach den örtlichen und persönlichen Verhältnissen eines jeden. Und doch läßt sich auch eine Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit berechnen und dabei aufzeigen, wie sie sich mit der Gesamtkonjunktur ändert. Die deutschen Arbeitsnachweise veröffentlichen jeden Monat zwei Zahlen: 1. die Zahl der verfügbaren Arbeitsstellen am Monatsanfang und 2. die Zahl aller im Monat in den Listen geführten Arbeitsuchenden. Nimmt man das Mittel zwischen zwei Monatszahlen für die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstellen und errechnet man andererseits den monatlichen Abgang von Arbeitsuchenden als die Differenz zwischen der Gesamtzahl der in den Listen geführten und dem Monatsanfangsbestand, so läßt sich die gesuchte Durchschnittsdauer leicht ermitteln. Nach dieser Methode hat das Institut für Konjunkturforschung errechnet, daß die durchschnittliche Zeitdauer zwischen Eintragung und Lösung in den Listen der Arbeitsnachweise betrug:

im März	1928	87 Tage
im Juni	1928	88 Tage
im September	1928	89 Tage
im Dezember	1928	90 Tage
im März	1927	84 Tage

Die hohe Dezemberviertel betrafte sich zum Teil durch den saisonmäßigen Anstieg. Für April 1927 läßt sich eine Wartedauer von „nur“ noch 84 Tagen berechnen.

## Wohlfahrtsrummel und Sozialrentner.

Unter den Sozialrentnern herrscht eine begriffliche Erbitterung. Sie sind der Meinung, daß es endlich an der Zeit ist, öffentliche Mittel nicht für Ozeanflieger mit vollen Händen auszustreuen,

sondern lieber die fargen Bezüge, die sie erhalten, zu erhöhen. Dem Bürgerblock scheint dies zum Bewußtsein gekommen zu sein. Darum will er zwei Votoren mit einer Klappe schlagen. Er will der Not durch eine öffentliche Sammlung „Neuern“ zu der der 80. Geburtstag Hindenburgs herhalten soll. Sogar eine Briefmarke mit dem Bildnis des „Retters“, dem der Krieg eine Bedeutung war, soll angefertigt und der Gewinn den Sozial- und Rentenrentnern zugewendet werden. Diese aber preisen auf solche Art Wohlthätigkeit. Sie wissen, daß dabei für sie nicht viel abfällt. Im übrigen haben sie keine Lust, Objekt eines nationalpolitischen Rummels zu werden. Sie verlangen ihr Recht. Dieses wird ihnen, wenn die Bezirksfürsorgeverbände ihre Rücksicht der eingetretenen Verteuerung der Lebensverhältnisse entsprechend erhöhen. Soko.

## Unerkennliches aus der Bergbauerei in Borna bei Leipzig.

Obgleich die Bergbauerei in Borna erst neu gegründet ist, wird sie nicht nach modernen, sondern nach sehr rückständigen sozialen Grundsätzen geleitet. Die Bergbauarbeiter haben im Bezirk Leipzig einen allgemeinverbindlich erklärten Lohn- und Manteltarifvertrag. Die von einem Herrn Weide geleitete Bergbauerei zahlt jedoch nicht allen Arbeitern den Tariflohn, hält auch die achtstündige Arbeitszeit nicht ein. Der zu wenig gezahlte Lohn ist schon auf Hunderte von Mark angelauten, deren Rückzahlung in den angebotenen Verhandlungen nicht zu erreichen war. Kommt es nicht bald zu einer Verständigung, dann werden die benachteiligten Kollegen am Arbeitsgericht ihr Recht suchen. Daß sie dazu gedrängt werden, wird auf die Biertrinker unter den organisierten Arbeitern schwerlich einen guten Eindruck machen.

## Hodges demittiert.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten über die Annahme des Postens des Präsidenten einer geplanten Föderation der sozialpolitischen Bergbauereiarbeiterverbände, d. h. einer Zentrale der nach dem Bergbauereiarbeiterverbanden geübten Bergbauereiarbeiterorganisationen Englands, teilt Hodges einem Vertreter des Daily Herald mit, daß diese Gerüchte vollständig aus der Luft gegriffen seien. „So sehr ich auch den Wirtschaftsleuten beistimme, bemerke Hodges, „so habe ich nicht das geringste Bedürfnis, daß mein Name mit besagter Organisation in Verbindung gebracht wird. Jene, die versuchen, meine nächste Stelle vorauszusagen, sind in einem groben Irrtum befangen. Ich habe noch keine Entscheidung getroffen, sicher ist jedoch, daß ich keine der Stellen annehme werde, die einige meiner guten Freunde mich gerne annehmen sehen würden.“

# Unser Kampf gegen Schacht.

SWD Weil der Reichsbankpräsident Dr. Schacht der Börsenpanikulation die Kralche fürte und so den Kurssturz an den deutschen Börsen im Mai veranlaßte, führt ein Teil der bürgerlichen Presse nun schon seit Wochen einen wütenden Kampf gegen ihn. Wir finden das Vorgehen Dr. Schachts gegen die Börsenpanikulation auch reichlich ungeschickt, können ihm aber aus der Laifache selbst keinen Vorwurf machen. Ein anderer Punkt in der Schachtschen Politik muß aber von der Öffentlichkeit stark im Auge behalten werden: es handelt sich um

## die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Auslandskapital.

Mit der Versorgung in unfernen Wirtschaftskreisen stellte sich auch die Notwendigkeit ein, Auslandskapital nach Deutschland heranzuziehen. Gatten wir während der Rezession in Deutschland einen gewissen Geldüberfluß, so daß man deutsches Kapital sogar nach dem Auslande ausleihen konnte, so zeigte sich mit der Aufhebung der Wirtschaft, daß die deutsche Kapitalbede für die Anforderungen der Wirtschaft nicht ausreichte. Zugleich mit der Diskontierung der Reichsbank, durch die man Auslandskapital nach Deutschland schaffen will, hat sich denn auch das Reichsfinanzministerium entschlossen, den deutschen Unternehmungen und Körperschaften für Auslandskapital wieder die Kapitalertragsteuer zu erlassen. Dieser Steuererlass soll aber im Einzelfall davon abhängig gemacht werden, ob die Auslandsanleihen wirklich produktiven Zwecken dienen. In Uebereinstimmung damit bleibt die Kontrolle der von öffentlichen Körperschaften aufgenommenen Auslandsanleihen durch die sogenannte Beratungskommission beim Reichsfinanzministerium bestehen. Ihr Zweck ist es, sogenannte unproduktive Auslandsanleihen zu verhindern.

Was ist nun in der Wirtschaft produktiv und was ist unproduktiv? Darüber streiten sich die Gelehrten. Herr Dr. Schacht hat sich nun angemäßt, diesen alten Streit durch seine „Verlautbarungen“ zu entscheiden, und in seiner Abwesenheit — er weilt augenblicklich in Nordamerika — fallen nun biedere Reichsbankräte auf Grund der Schachtschen Richtlinien ihre Entscheidungen über produktive und unproduktive Anleihen. Diese Herren Räte gehen sogar so weit, zu erklären,

## der Wohnungsbau sei eine höchst unproduktive Angelegenheit.

Nun geht die gegenwärtige deutsche Konjunktur ohne Zweifel und nach allgemeinem Urteil auf die Belegung des Baumarktes zurück. Herr Schacht und seine Räte wollen aber die Ausgabe von Wandbriefen, deren Ertrag dem Wohnungsbau zugute kommen soll, nicht zulassen und nicht genehmigen. Dabei handelt es sich nur um einen Betrag von 100 Millionen Mark. Diese Summe ist wirklich viel zu klein, um den Niedergang der Konjunktur am Baumarke, mit dem man rechnen muß, aufzuhalten. Und dennoch genügt sie, um die drohende Krise abzuwehren. Das alles klammert Herr Schacht nicht und auch nicht seine biedereren und braven Stellvertreter. Sie verbieten — und bilden sich ein, damit der deutschen Wirtschaft einen Dienst zu erweisen, während die Wirtschaft in Wirklichkeit durch eine solche Diktatur sehr geschädigt wird.

Dazu kommt, daß die Herren in der Reichsbank auch die Kontrolle der Auslandsanleihen maßlos vergrößert haben. So wollte die Stadt Berlin eine Anleihe von 100 Millionen Mark in London aufnehmen. Nebenbei bemerkt, handelt es sich um eine der billigsten Auslandsanleihen, die überhaupt je nach Deutschland heringekommen sind. Der Zweck der Anleihe (Wohnungsbau) wurde dieses Mal allerdings von der Beratungskommission als produktiv anerkannt. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus wurde sie aber um 30 Millionen Mark gekürzt.

Die Stadt Berlin soll ihre Bauprogramme einschränken. So mordet die Beratungskommission den Gedanken der künftigen Selbstverwaltung sinn- und zwecklos und sperrt die deutsche Wirtschaft von dem ausländischen Kapitalmarkt ab, dessen Hilfe uns vor einer Wiederholung der furchtbaren Wirtschaftskrise von 1925/26 bewahren soll. Wenn sich die Dinge so weiter entwickeln, wie bisher, werden im kommenden Winter ungefähr 2 Millionen Menschen mehr arbeitslos sein als heute. Daran haben Dr. Schacht, die Reichsbank und diejenigen, die sie frei in der deutschen Wirtschaft schalten und walten lassen, mit die Schuld.

Welche Gründe können eigentlich Schacht und seine Mitarbeiter für ihre Politik ins Feld führen? Schacht behauptet, er könne keine Diskontpolitik treiben, wenn das Auslandskapital ohne künstliche Hemmungen hereinströmt. Wir sind der Auffassung, daß Dr. Schacht die Diskontpolitik nicht zu handhaben weiß. Ferner behauptet Dr. Schacht, Auslandsanleihen fördern die Uebertragung der Reparationszahlungen an das Ausland. Es ist richtig, daß die Reparationszahlungen erleichtert werden. Unrichtig ist aber, daß diese Zahlungen erst durch Auslandsanleihen ermöglicht werden. Außerdem behauptet Dr. Schacht, unser Außenhandel zeige eine ungünstige Entwicklung, und die ein-

getretene Ausfuhrsteigerung entspreche nicht der Steigerung unserer jährlichen Neupflichtungen gegenüber dem Ausland. Tatsächlich ist aber unsere Ausfuhr um 1 Milliarde Mark im Jahre gestiegen, unsere jährliche Neupflichtung aber nur infolge der neu aufgenommenen Auslandsanleihen um 800 bis 400 Millionen Mark. Herr Dr. Schacht behauptet Unzutreffendes, wenn er von einer ungünstigen Entwicklung unseres Außenhandels spricht.

Weil Herr Dr. Schacht keine Diskontpolitik treiben kann, weil er unrichtige Vorstellungen über die deutsche Reparationspolitik hat, weil er die deutsche Außenhandelsstatistik anscheinend ohne genügende Aufmerksamkeit verfolgt, treibt er die von uns oben gekennzeichnete Politik. Sie wird sich die Krise von 1925/26 wiederholen, wenn nicht Auslandskapital in breitem Strom nach Deutschland heringelassen wird.

Herr Dr. Schacht wird für die kommende Krise 1926/27 verantwortlich zeichnen müssen, wenn seiner Auslandsanleihenpolitik nicht schnelligt ein Ende gemacht wird!

## Die Reichsbank am Halbjahreschluß.

Die Verengung des deutschen Kapitalmarktes durch den Konjunkturaufschwung ist in besonders auffälliger Weise im Reichsbankausweis für den 30. Juni zum Ausdruck gekommen. Vor einigen Tagen wurde bereits berichtet, daß die Wechsel-Einreichungen der Großbanken zur Diskontierung bei der Reichsbank einen außerordentlich starken Umfang angenommen hatten. Der jetzt veröffentlichte Ausweis zeigt dementsprechend, daß in der Zeit vom 23. bis zum 30. Juni der Bestand der Reichsbank an Wechseln und Schecks um 477,2 Millionen Mark zugenommen hat und nunmehr 2494,6 Millionen Mark beträgt. Wobolst geringer, aber im Verhältnis noch viel stärker sind die Lombardierungen durch die Reichsbank gestiegen. In der erwähnten Frist betrug die Zunahme 125,8 Millionen, während am 23. Juni der Gesamtbeitrag der Lombardierungen nur 21,8 Millionen gewesen war. Gleichzeitig betrug der Abfluß der bei der Reichsbank angelegten fremden Gelder rund 100 Millionen Mark.

Entsprechend diesen Veränderungen ist der Notenumlauf in der Zeit vom 23. bis 30. Juni sehr stark vermehrt worden. Die Vermehrung betrug für Reichsbanknoten 589,9 Millionen Mark, und der Gesamtwert des Reichsbanknotenumlaufs war danach am 30. Juni 3815,2 Mill. Mark. Der Umlauf an Rentenbanknoten wurde gleichzeitig um 74,3 Mill. Mark vermehrt. Insgesamt wird der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbanknoten für den 30. Juni mit 4832,3 Mill. Mark angegeben und der gesamte Zahlungsmittelumlauf in Deutschland überhaupt mit circa 5776 Mill. Mark gegenüber 5688 Mill. Mark zu Ende Mai. Die Notendeckung durch Gold und bedungsfähige Devisen hat sich verringert. Die Golddeckung betrug am 23. Juni 58 Prozent, am 30. Juni nur 47,2 Prozent. In der gleichen Weise ging die Gesamtdeckung durch Gold und Devisen von 58,2 auf 49 Prozent zurück.

## Stahl direkt aus Erz?

Immer wieder tauchen in der Presse Meldungen über ein irgendwo ermitteltes Verfahren auf, Stahl direkt aus Eisenerz zu erschmelzen. Ein solches Verfahren würde eine beträchtliche Ermäßigung der Produktionskosten bedeuten und dem Unternehmen, das die Patente des Verfahrens besäße, einen außerordentlich hohen Monopolprofit verschaffen. Bisher haben sich allerdings alle Nachrichten dieser Art als übertrieben erwiesen; eine praktische Durchführung der direkten Stahlerzeugung ist schon versucht worden, aber unrentabel im kapitalistischen Sinne geblieben.

Nun berichtet der Manchester Guardian Commercial in seiner Wochennummer vom 30. Juni, daß er aus dem Rheinlande die Nachricht von der Erfindung einer neuen Methode erhalten habe, Stahl direkt aus Erz zu erschmelzen. Die Eisen- und Stahlwerte Hoch hätten das Verfahren bereits ausprobiert und dabei eine Verminderung der Produktionskosten um 30 Proq. erreicht. Der Manchester Guardian fügt allerdings hinzu, die Methode von Hoch befände sich noch im Experimentierstadium und es sei erst recht noch nicht möglich, sich eine klare Vorstellung von dem Umfang der Profitmöglichkeiten zu machen. Allerdings sei auf der Grundlage der bisherigen „theoretischen Experimente“ bereits die Patentanmeldung in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Holland erfolgt.

Wenn der Manchester Guardian die Folgerung aus diesen Vorgängen zieht, daß wenn das Verfahren von Hoch wirklich der Fortschritt sei, von dem ihm berichtet wurde, damit die deutsche Stahlindustrie eine große Ueberlegenheit über die ausländische



Wie schreibe ich populärwissenschaftlich?

Eine Anleitung.

Von Dr. Carl Coste.

Der Lese soll mit dem geistigen Leben seiner Zeit Fühlung bekommen... Der Lese soll mit dem geistigen Leben seiner Zeit Fühlung bekommen...

Aber es ist vielleicht besser, statt allgemeiner theoretischer Anweisungen einfach ein konkretes Beispiel zu geben: Der berühmte (natürlich nur für unsern Fall erdacht) Geheimrat Professor Dr. Wasserkopf...

Ged.-Kai Wasserkopfs "Einfluß der Schwalben auf das Wetter".

Tschitshwitt, tschitshwitt! Wer kennt nicht die anmutigen Segler der Lüfte? (Natürlich kennt sie der Leser, freut sich und fühlte sich gleich beim ersten Satz vertraut mit der Materie.) Wie heißt es doch im Liebe: "Was die Schwalbe sang, die den Herbst und Frühling bringt..."

Nur ein Wasserkopf konnte den Gedanken fassen, daß hier die Sehergabe des Dichters eine Tatsache erkannt hat, die der forschenden Wissenschaft so lange verborgen geblieben ist. ("Nur ein Wasserkopf", d. h., z. B. der Leser wäre nie darauf gekommen; er empfindet unbenimmt den Unterschied der eigenen Größe und der Wasserkopfs.)

Absolet = absolut = wirklich = Beherrschung der Tierpsychologie ermöglichte Wasserkopf, sich ganz in die Seele der Mücken hineinzubesetzen und die Wirkung des Schwalbenfluges auf sie nachzuempfinden. ("Absolet = wirklich" = Beherrschung der Tierpsychologie ermöglichte Wasserkopf, sich ganz in die Seele der Mücken hineinzubesetzen...)

Die Gründungsfeier der Leipziger Universität war in diesem Jahre mit einer akademischen Beethoven-Gedächtnisfeier verbunden. Die Universitäts-Sängerschaft zu St. Pauli leitete sie mit einem geistlichen Liebes-Beethovens ein. Der Rektor der Universität, Prof. Siber, hatte für seine kurze Ansprache kein bestimmtes Thema gewählt, hielt sich auch von aktuellen Fragen friedlich fern; es war aber recht amüßant, seinen klugen Sprüngen...

deine Arbeit abnehmen, wenn du nicht ebenso berühmt und hochgestellt bist wie der berühmte Gelehrte, und dann laßt du es wieder aus Kollegialität nicht. Wenn du dagegen von Mathematik und mehrbändigen Werken spricht, ist der Leser froh, daß du ihn damit in Ruhe läßt, und glaubt dir alles unbedenken.)

Ich glaube, das Wichtigste vom Wesen der populären wissenschaftlichen Schriftstellerei durch vorstehendes Beispiel klar gemacht zu haben. Sollte jemand anderer Ansicht sein und mich wegen der geäußerten Grundsätze persönlich angreifen wollen, so bitte ich ihn, das zu unterlassen; denn alles, was ich gesagt habe, ist ja nicht etwa meine eigene Ansicht und Meinung, ich gebe ausschließlich wieder, was ich bei erfolgreichen Schriftstellern gefunden habe, insbesondere die sämtlichen Fremdwörter-Verdeutlichungen wörtlich einem wunderschön ausgestatteten Buch eines unserer angesehensten Verlage entnommen. Folglich muß es gut sein, so zu schreiben — wenigstens für den Schriftsteller.

Arbeiter-Radio in Chicago.

Die Arbeitergewerkschaften in Chicago können für sich die Tatsache in Anspruch nehmen, daß sie den einzigen Arbeiter-Sender im Gebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika eingerichtet haben. Seine Vortragsräume wurden, wie die Zeitschrift Life am Labor Bulletin, das Organ der Frauengewerkschaften Americas, mitteilt, am 4. Mai 1927 eröffnet. Sie liegen im sogenannten Brunswick-Haus, in der South Wabash Avenue. Die Station führt die Bezeichnung WCFB. Angehörigen sind 5 Millionen Mitglieder von Gewerkschaften der Arbeiter und Farmer. Die Idee stammt von dem Sekretär der Chicagoer Arbeitergewerkschaft mit Namen Rodels. Er brachte auch, während andere die Hindernisse für unüberwindlich hielten, die nötige Fähigkeit zur Durchführung dieses Planes auf. Er stellte Verbindung her mit der sogenannten Brunswick-Balle-Collender-Gesellschaft, so daß diese mit der Gewerkschaft zusammen arbeitete, um zwei der modernsten und vollständigsten Vortragsräume herzustellen.

Bei der Einweihung am 4. Mai wurden die mannigfachen Vorteile dieser Station angeführt. Es sind ein kleiner und ein großer Vortragsraum. Der große kann starke Orchester aufnehmen und enthält eine vorzügliche Orgel und einen Flügel. Der kleine wird für Ansprachen benutzt, ferner für erzieherische Vorträge, für Soli von Klavier und Geige und für Einzelsongdarbietungen. Dazu kommt noch ein Kontrollraum, in dem der elektrische Apparat untergebracht ist und die Vorrichtungen zur Übertragung aus dem Vortragsraum nach dem Sender im Municipal Pier (städtisch). Im Kontrollraum ist ein Apparat, mit dem man die Musik eines großen Orchesters mit 8 oder 8 Mikrophonen aufnehmen und tadellos zum Sender übertragen kann. Er ist einzig in seiner Art und entworfen von dem Elektro-Ingenieur der WCFB-Station. Diese wundervolle Gesamtschöpfung ist Gewerkschaftsarbeit. Sie trägt die Aufschriften der Internationalen Gewerkschaft der Elektrikalarbeiter und der Internationalen Vereinigung der Metallarbeiter (sheet metal workers).

Auf demselben Flur mit den Vortragsräumen — dem siebenten im Brunswick-Haus — liegen auch die Büreaus der Gewerkschaften von Chicago, vom Staats Attorney und die Redaktion der Federation News, des offiziellen Organes der Arbeitergewerkschaft von Chicago. Der Sender selbst liegt nahe dem geographischen Zentrum der Vereinigten Staaten. Sobald dieser die Erlaubnis erreicht ist, wird die Station ihre Einrichtungen weiter stark ausbauen, so daß sie dann über den ganzen Kontinent gestrahlt werden kann.

Nun zum Programm der WCFB-Station! Eine Stunde täglich soll Vesperelement gewidmet sein, die besonders interessant sind für die Gewerkschaftsarbeit; dazu kommen Unterhaltungen beliebiger Art über Hauswirtschaft, Gesundheits- und Genossenschaftswesen, über industrielle Probleme, ferner Berichte und Statistiken des Arbeitsministeriums der USA, Berichte für die Farmer über die Märkte, das Wetter und die Ernteaussichten. Außerdem soll die Station zur Verfügung stehen für die zahlreichen Lehrer, Musiker, Schauspielergewerkschaften und noch für andere Künstlervereinigungen. Auch die Stadt Chicago selbst bekam das Vorrecht, den Sender zwischen 11—12 Uhr täglich für Anzeigen und Berichte der städtischen Beamten zu benutzen, und zwar unentgeltlich, da sie den Municipal Pier zur Verfügung gestellt hatte. Im Geschäftszimmer des Bürgermeisters ist darum ein Mikrophon vorhanden.

Und nun kommt etwas, was echt amerikanisch ist. Nämlich, dieser Arbeiter-Sender wird auch für kirchliche Leistungen hergegeben. Jeden Samstag, am Sonntag dazu noch am Vormittag, werden solche abgehalten.

Die Konstruktion und weitere Unterhaltung des Senders sind und werden noch demobilisiert von freiwilligen Beiträgen von Mitgliedern der Arbeitergewerkschaften. Eine große Anzahl von ihnen zahlen jährlich 1 Dollar für jedes ihrer Mitglieder. Andere verbürgen sich für ähnliche Beiträge, aber monatlich. Auch die Farmer verbürgen sich für ähnliche Beiträge, aber monatlich. Auch die Farmer verbürgen sich für ähnliche Beiträge, aber monatlich. Auch die Farmer verbürgen sich für ähnliche Beiträge, aber monatlich.

Ob die Arbeiterschaft in Deutschland bald dazu kommen wird, einen eigenen Sender zu errichten und zu unterhalten? Wenn man sieht, wie schwer es ist, bei unsren Sendern durchzuführen, daß sie Fragen des Sozialismus mit aus Programm legen, erscheint einem die amerikanische Station trotz mancher Mängel immerhin als Ideal.

Kleine Chronik.

Die Gründungsfeier der Leipziger Universität war in diesem Jahre mit einer akademischen Beethoven-Gedächtnisfeier verbunden. Die Universitäts-Sängerschaft zu St. Pauli leitete sie mit einem geistlichen Liebes-Beethovens ein. Der Rektor der Universität, Prof. Siber, hatte für seine kurze Ansprache kein bestimmtes Thema gewählt, hielt sich auch von aktuellen Fragen friedlich fern; es war aber recht amüßant, seinen klugen Sprüngen von einigen geschichtlichen Daten über Zeugnisse von der wechselnden Toleranz unserer Universität gegenüber neuen Disziplinen und neuen Hochschulen bis zur Erklärung der Solidarität mit Hochschulen anderer Art, auch der des ehemals feindlichen Prag, zu folgen. Danach hielt der Professor der Musikwissenschaft, Kroger, eine recht temperamentsvolle Rede über Beethoven, in der er trotz der Kürze wesentliche zu sagen wußte. Ueber musikhistorische Mitteilungen hinaus erhob sie sich zu einem Befehntnis für Beethoven und einer knappen Auseinandersetzung mit denen, die ihn nur deshalb schmähen, weil sie nicht bis zu seiner Höhe hinanzureichen. So wahr freilich das Eins-Geln von Mensch und Werk bei Beethoven vorhanden ist, so halte ich doch für das Beste, was in unserer Zeit an Beethoven getan werden kann, bei seiner Betrachtung alle Biographie, alles Seelische auszuschließen und sich nur mit seiner absoluten Musik zu beschäftigen. Dann wird man (siehe Beispiele der Vollenbung finden, daß die Angriffe unserer kleinen Komponisten in ihrer ganzen Unsicherheit offenbar werden. Ein hübsches Beispiel für die praktische Arbeit der Musikwissenschaftler gab der Feier einen schönen Ausklang: Das collegium musicum der Universität spielte unter Krogers Leitung den ersten Satz von Beethovens IV. Sinfonie. H. W.

Konzert der erwerbslosen Musiker. Eine Spielgemeinschaft der erwerbslosen Berufsmusiker Leipzigs bewies in einem Konzerte im Kaufhaus ihre gute Verwendungsfähigkeit. Die Mitglieder dieses Orchesters hatten zum Teil länger als 10 Jahre keine Gelegenheit, an Proben teilzunehmen. Besseres konnte den Musikern von der Erwerbslosenfürsorge nicht gegeben werden als die Gelegenheit, die Sicherheit im Zusammenspiel zu haben. Ich weiß nicht, wie Reichswehrkapellen spielen, weil ich aus unüberwindlicher Abneigung gegen alles Militär niemals den Stabsmusikern zuzuhören vermochte, aber den Anforderungen für eine gute Gartenmusik (und gewiß bald für mehr als das) genügt das Erwerbslosenorchester durchaus. Es begleitete außerdem die von Paul Behner gesungenen Verbi-Arien angemessen, und das will schon allerhand heißen. Wie weit eine Schwerfälligkeit und Einseitigkeit im Dynamischen auf das Orchester zurückzuführen ist, weil es allzu sehr mit Tatsächlichkeiten und Technik beansprucht ist, oder wie weit das am Kapellmeister S. R. Korman liegt, der die Ausbeutung der Musik vielleicht über dem korrekten Tatschlagen noch vernachlässigt oder vernachlässigen muß, das möchte ich erst bei einem späteren Konzert entscheiden. Ich möchte aber dafür zu einem bescheideneren Programm raten. Warum denn gleich die Meisterliedergewerkschaft mit ihrem anspruchsvollen Brant, warum eine Schubert-Sinfonie, die in ihrer Unübersichtlichkeit noch schwerer zu treffen ist? Ich weiß wohl, welche Delikatesse etwa mehrere französische Opern-Duettisten verlangen, aber leichter sind sie doch zu tragen, und ein gelegentlicher Verfolger weicht nicht so schwer wie in den obenbenannten Werken. H. W.

Sommerkonzert im Volkshaus. Das Konzert vom Leipziger Jugendchor der SMV, Leipziger Volkshaus, Sängerkorps Zentrum-Süd nahm im Garten des Volkshauses einen hübschen Anfang mit Volksweisen für die Jugend. Dann aber wurde es so kühl und finster, daß man sich entschloß, die Veranstaltung auf den nächsten Freitag zu verschieben, wo sie bei schlechtem Wetter auch im Saale abgehalten werden kann.

Barletta Drei Linden. Die eine Hälfte des Juli-programms wird ausgefüllt von einer umfangreichen, international bestellten Ringkampfkonzurrenz, dem Altmeister der deutschen Ringkunst, Karl Wos, zu Ehren benannt. Unter den 22 Namen der Ringlerliste findet sich eine Anzahl gut bekannter Meisterkämpfer, und der Ruf des Schiedsrichters, Herrn C. Jaeneke-Hamburg, wird für einwandfreie und sportlich gewissenhafte Austragung dieses Abs-Memorials bürgen. Die wenigen Barletta-Nummern sind (bis auf eine) von bester Klasse. Der ist Leipzig noch nicht gezeigte sehr lustige Kog-Film "Eine nette Bekanntschaft" sei ein. Dann laßt man über die amerikanischen Exzentriktänze des Cleveland-Duos, dessen Umkleepausen von einer Tänzerin ausgefüllt werden, die überraschend dazwischen, daß auch einem etwas hübschen Körper tänzerische Reize abgenommen werden können, wenn das mit Wille geschieht. Bewundernswertes auf dem feinen Seil leistet Fräulein Charmion, eine jugendliche Erscheinung von klassischer Körperform. Balancen auf Reifen und Stützen, im Liegen und Grünsitzen gelangen ihr mit sicherer Eleganz. Die drei Ajax sind hervorragende Vertreter der modernen Akrobatik und beweisen durch die Ausgeglichenheit ihrer schwierigen Darbietungen, daß die Kraftanstrengung ästhetisch schön wirken kann. Der jonglierende Komiker Sums ist eine große Nummer. Es gibt bei ihm nichts, was nicht schon dagewesen ist, von uralten August-Clownerien bis zu Raffini-Geschicklichkeiten. Aber wie er diese erprobten Späße verbindet und mit eigenem Witz gliedert, dies zeigt zu hübscher Feinheit. Eine einzige Nummer haben wir nicht gern gesehen. Sie liegt tief unter dem bewährten Niveau der Drei Linden und muß der sonst so tüchtigen Direktion aus Versehen ins Programm gerutscht sein. Das fürliche Tendenz Karl Trauw ergibt sich im allen Studententum in schmalzigen Rehen und Operettenstücken, mit einer Stimme, als habe er Polypen in der Nase. Sein nach Karl-Heinz-Ramier aufreißendes und mit Schmissen verziertes Bild läßt er von einem Herzen umrahmen, durch das ein Pfeil mit blutigen Tropfen fließt. Obendrauf ist neben einem Heideberger Bild ein weinender Amor. Sowas von Ritzig war noch nie da. Selbstverständlich hat er kein Herz in Heidelberg verloren und auch sonst gern die Frauen geküßt. Was will das herztäufliche Blaudügelchen in Lindenau? Ada.

Filmschau.

Ein bedeutender Beitrag zur Völkerrunde ist Bali, das Wunderland, ein Expeditionsfilm der deutschen Tierbiologin Rosa Kreuzberg. Sie ist als erste Frau über Indien in das Wunderland Bali (zur javanischen Inselgruppe gehörig) vorgezogen und hat eine hervorragende Ausbeute an getriebenen Bildern mitgebracht. Die Aufnahmen sind vollendet und soweit sie die Tierwelt betreffen, fast einzig dastehend. Kampf zwischen einer giftigen Kobraschlange und dem als Hausier gehaltenen Mungo (Schlangentöter), dann die als Volksbelustigungen geltenden Fahren- und Grillenkämpfe. Die malaisischen Bewohner, die den Boden nach urchunmännlichen Grundfähigkeiten verlieren, sind in charakteristischen Bildern festgehalten. Kulthandlungen der Schwaupriester, Tempelfeste, Mastentänze, Tänze der Kinder und Frauen, Tänze der Kinder im Zustande der Raubvogelstung, die mühsliche Frucht von Dämonen, Totenverbrennung — alles in mannigfachen Variationen. Die reinen Naturaufnahmen (u. a. ein Vulkan, aus dem sich Lava und Steine ergießen) stehen hinter den bewegten Aufnahmen des Films nicht zurück. Die Phantastik dieser exotischen Welt wirkt um so bezeichnender, als sie in ihrer Tatsächlichkeit festgehalten wurde. Der Film sei empfohlen. (Königspavillon.)

Der Kampf der Geschlechter spielt sich zwischen einer deutschen Frau, die ritterlich behandelt sein will, und einem Spanier, der angeblich nach Landesitte brutal sein muß, in wirklich schönen spanischen Landschaften ab. Dieser Film ist technisch, technisch und auch ideologisch einfach unmöglich und bietet vielleicht nur für den Leser der "Damen" oder der "Eleganten Welt" wegen des Kleiderluxus einiges Interesse. (Astor.)

Ein hohes Schauspielersches Können zeigt Der schwarze Jack des Amerikaner-Lon Chanen, der in einer Doppelrolle den gutmütigen Herbergsbesitzer für Arme und Enterte und zugleich einen abgeleiteten Verbrecher spielt. Im übrigen ist die im berühmtesten Londoner Verbrecherviertel spielende Geschichte eine Antopplade, die nur wegen des Stars inszeniert erscheint. Die Tänzerin von Moulin Rouge ist der nach hundert Schablonen durchgepauste Salon-Appachen-Film, geladen mit Ritzig und anderen Unmöglichkeiten. (Universum.)

Ein Abenteuerfilm mit guten Aufnahmen aus dem Orient ist der Kapitän von Singapur. Ein Schmuggelkapitän sorgt rührend für seine Tochter, hält sie aber von ihr fern, um ihr das Anrecht seines zweifelhafte Handwerks zu ersparen. Die Tochter liebt trotzdem einen von denen, die ihr der Vater fernhalten will. Nach amerikanischer Filmstille muß der unwillkommene Schwiegerohn sich schließlich doch als Edelmann entpuppen. So schwach diese Handlung ist, so gut ist die Darstellung, aus der der obengenannte Lon Chaney hervorsticht. (Kajino.) H.





Kind und Ferien

Anfang Juli, in manchen Gegenden auch erst in der Mitte des Monats, schließen sich für mehrere Wochen die Pforten der Schule. Die Kinder sind für einige Wochen von der Last des Lernens befreit, sollen neue Kräfte sammeln. Die Notwendigkeit der Schulferien ist unumstritten. Nicht nur die Ärzte, sondern auch die Pädagogen erkennen den großen Wert des Ausruhens, der „schöpferischen Pause“, wie heute ein Schlagwort lautet.

Den vollen Nutzen der Freizeit haben aber nur die Kinder bemittelter Eltern. Arbeitgeber, die die Kinderarbeit schlecht entlohnen, wie es in fast allen Fällen geschieht, ziehen in den Ferien noch ihren besonderen Profit aus dem Schweige der Kleinen. Landarbeiterkinder auf den Rittergütern müssen in dieser Zeit viel schwere Erntearbeit verrichten. Wo die Heimarbeit der Familie nur kärgliches Leben gestattet, wird in den Ferien die vermehrte Mitarbeit der Kinder in Anspruch genommen. Selbst in Bade- und Kurorten, wo die Angehörigen der bestehenden Klasse die Sommermonate verbringen, gibt es in der Saison für die Kinder der Armen oft wenig Erholung, dafür aber um so mehr Handreichungen und Hausknechtsdienste. Beim Schulbeginn sind diese ausgebeuteten Kinder dann in der Regel nicht neu gekräftigt, sondern milde und abgeplattet.

Aber auch dort, wo die Arbeiterkinder in ihren Ferien nicht zu erwerbstätiger Arbeit herangezogen werden, finden diese in sehr vielen Fällen — vor allem in der Großstadt — nicht die nötige Erholung, weil sie mit ihrem Spiel allein auf Straßen und Höfe angewiesen sind. Während der Schulzeit müssen sie einen beträchtlichen Teil des Tages in der muffigen Luft überfüllter Klassenzimmer verbringen. Auch in die elterlichen Wohnungen kommen oft nur wenig Licht und Luft. Darum ist es erforderlich, daß die Kinder in ihren Ferien so viel, wie nur irgendmöglich, in die freie Natur kommen. Sommerlicher Kuraufenthalt wird heute von den Städten und anderen Selbstverwaltungskörpern mit wenigen Ausnahmen nur für kranke Kinder veranstaltet. Notwendig ist aber, daß auch den übrigen Arbeiterkindern die Möglichkeit zum Ferientaufenthalt im Freien gegeben wird. Das Beste in dieser Hinsicht für gesunde Kinder sind Reisen und Wanderungen. In den Haushaltplan der Leipziger Volksschulen sind für diesen Zweck 24 800 Mark eingestellt. Mancherorts nehmen sich in den letzten Jahren auch die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft, wie die Kinderfreunde-Bewegung und die Arbeiterwohlfahrt, der Sache an und veranstalten von sich aus Ferienwanderungen und Spielnachmittage.

Gänzlich falsch wäre es, die Kinder in den Ferien viel mit Schularbeiten zu quälen. Man erreicht damit wenig. Gerade die schwer lernenden Kinder haben erst recht geistige Erholung nötig. Und die Anzahl der nervösen Kinder ist heute ohnehin schon groß.

Am das neue Operettentheater.

Das Neue Operettentheater gehört der Leipziger Zentraltheater-V.G., die für das Theater in der Vorkriegszeit eine Pacht von 60 000 Mark verlangte, während sich die Pacht jetzt auf fast das Dreifache stellt. Die verpachtende Gesellschaft konnte denn auch in den letzten Jahren aus diesen Einnahmen und den aus dem Restaurationsbetrieb einkommenden Geldern eine Dividende von 5 Prozent an ihre Aktionäre zur Auszahlung bringen. Mit der Anfangspachtsumme von 180 000 Mark wurde das Theater also an Herrn Dr. Edert verpachtet, der es seinerzeit an Herrn Direktor Dörsner weiterverpachtete. Als Zwischenmietgelt bedang er sich die täglich eingehenden Einnahmen aus den Programmzetteln und der Scheinwerferreflektoren.

Wegen einer rickständigen Wechselforderung von 2000 Mark des Dr. Edert an Direktor Dörsner wurde nun das Konkursverfahren eingeleitet und das dadurch brotlos gewordene Personal von 100 Köpfen berief für gestern eine Versammlung ein, in der über Möglichkeiten, den Betrieb fortzuführen, beraten wurde. Nach einer längeren, zeitweise etwas erregten Debatte, an der sich neben den Vertretern des Solopersonals, der Musiker und des technischen Bühnenpersonals auch die Rechtsanwältin der beiden Parteien beteiligten, ergaben sich die ungeheuren Schwierigkeiten einer Sanierung. Aus den Ausführungen der Personalvertreter ergab sich die große Verleumdung und Not, die bei ihnen herrscht. Im Interesse der Schauspieler und des Chors, die bei der vorgeschrittenen Saison kaum noch eine Möglichkeit haben, ein neues Engagement zu finden, insbesondere aber des durch Lohnrückstände besonders in Mitleidenschaft gezogenen technischen Personals und der Musiker, wäre eine Lösung, die deren berechtigten Interessen entgegenkommt, dringend erwünscht.

Sittliche Leibesübungen.

Die evangelische Kirche ist in eine sehr peinliche Situation geraten. Da die bayerischen Bischöfe die Beteiligung von Frauen und Mädchen an Turnfesten verboten haben, waren viele Schächten vor den Kopf gestoßen und glaubten, daß auch die evangelische Kirche einen ähnlichen Standpunkt einnimmt. Zur Beruhigung schrieb nun der bekannte Leipziger Studentenpfarrer Gerhard Runge einen Artikel in den L. N. R., in dem er die den „Sportunternehmern“ drohende Gefahr abzuwenden versucht. Da der Körper soll gepflegt werden, „Gerade das evangelische Verständnis vom „ganzen Menschen“ fordert die rechte Pflege und Übung des Leibes.“ Also, sagt Pfarrer Runge, Befahrung der Leibesübungen! Aber es darf auch die Sonntagsheligion nicht unterbleiben. Ja, ja, liebe Evangelische Kirche: die langweiligen Pläne und systematischen Verbüßungsreden werden von dem gelobten „Menschen des Industrialismus und der Großstadtzivilisation“ eines Fußballmatches wegen verloren gegeben, eines Fußballmatches wegen, bei dem man sich über verrenkte Hüfte, Beinbrüche und ähnliche lustige Sachen amüsieren kann. Der Innot aus des Boxkampfes zieht die Schächten mehr an, als das blutende Herz des Getroffenen.

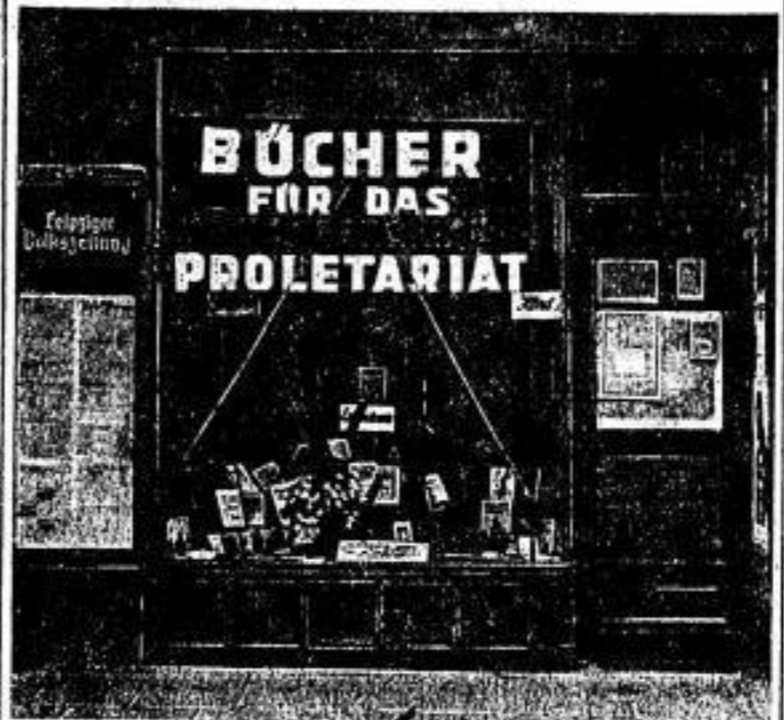
Aber nichts für ungut. Man zieht auch Grenzen. Man erlaubt die Leibesübungen, das Turnen und das Boxen, selbst auf die Gefahr hin (die ihr nicht abwenden könnt), daß die Kirche Sonntags leer bleibt. Die „sittliche Grenze“ wird aber scharf bewacht. Sagt doch Herr Runge: „Das Rein der Kirche... muß an einem Punkt gesprochen werden... dort nämlich, wo die Leibesübungen in der Öffentlichkeit erfreulichen (!) Form, ohne alle Turbulenz und Verbeiß (!) des Sportes auftreten, dort, wo

Körperkultur, Rhythmus, Gymnastik zu einer Religion des Leibes, zu einer Erfüllung des Körpers, ja zu einem neuen Heiligtum durchdringen und durchdrängen wollen.“ Ja, das schmerzt; Religion des Leibes — wozu dann die Kirche; Erfüllung des Körpers — was soll aus den vielen Kneipen, Bordellen, Schwesofokalen werden, wenn die jungen Menschen durch kräftigende Leibesübungen und fröhliches Wandern ihre Triebe befriedigen können?! „Hier handelt es sich nicht mehr um die Übung des Leibes, sondern um keine Verabsolutierung, keine Vergöttlichung, keine Vergöpfung, und darum wird die Kirche hier in aller Entschiedenheit ihr Heil rufen müssen...“ Wie das die Kirche schmerzt. Die Teilhabigen, die Trägen, wie sie alle Bravo rufen werden. Die Jugend freut sich ihres Körpers, die Jugend treibt Rhythmus! Welch eine Schand! Und öffentlich sogar, um des Körpers willen. Wo bleibt die Einheit des Körpers und der Seele? Aber, Herr Pfarrer, schauen Sie aber einmal unsere Jugend an, unsere Mädels und Burtschen, da werden Sie auch die „Seele“ dabei finden.

Wir genießen den Anblick eines gesunden, schönen Körpers. Uns ist es gleich, ob einige Fesseln darüber gehängt sind oder nicht. Die reine Freude am Körper ist auch eine Freude der „Seele“. Und darum, Herr Pfarrer Runge, werden wir nicht Ihre Sonntagsheligionen besuchen, werden wir nicht unsere Baden blutig schlagen lassen oder werden wir nicht in einer Ecke unseres Leibes bewegen, sondern in aller Freiheit unsere Glieder stärken. Wir freuen uns unseres gesunden Körpers und unserer jungen Seele auch dann, wenn Sie das als eine Sünde bezeichnen.

Ein Student.

Das gute Buch.



Im Kampf wider Schmutz und Schund ist das gute Buch das beste Abwehrmittel. Das beste gute Buch aber ist das sozialistische, für den Erwachsenen, für die Jugend, für das Kind. Besitzt das Schundstück der Leipziger Volksbuchhandlung, Lauchaer Straße, in dem ihr gute Hinweise auf das gute Buch findet.

Ausbau der Stötteritzer Straße.

In einer Drucksache teilt der Rat den Stadtverordneten mit, daß er den Ausbau der Stötteritzer Straße zwischen Riebeck- und Hofer Straße, sowie von Strecken der Straßen III, IV und V, einschließlich der Grünanlagen, beschlossen habe. Die Stötteritzer Straße soll eine Breite von 30 Meter erhalten, von denen 5,5 Meter auf die zu beiden Seiten anzulegenden Fußwege und je 1 1/2 Meter auf die Radfahrwege entfallen sollen. Die Breite der Fahrbahn soll 18 Meter betragen. Der vorhandene alte Eisenbestand kann nur auf der nördlichen Straßenseite erhalten bleiben, auf der südlichen Seite dagegen muß er fallen, dafür soll der künftige südliche Fußweg Baumpflanzungen erhalten. Die Fahrbahn soll mit Asphalt auf Beton, der Straßendankkörper mit Schottersteinen auf Packlager und Knaul befestigt werden. Im Anschluß an den Ausbau der Stötteritzer Straße sollen sowohl die Grünanlagen, die zwischen der künftigen Regelstraße und der Straße V vorgesehen sind, als auch die Straße V selbst und die zwischen dieser und der Stötteritzer Straße liegenden kurzen Strecken der Straßen III und IV hergestellt werden. Die gesamten Baukosten betragen rund 399 100 Mark, ausschließlich der Herstellung von Gas- und Wasserleitungen in Höhe von 73 600 Mark. Die Stadtverordneten werden um Zustimmung ersucht.

Der Stabsarzt a. D. als Betrüger.

Der Stabsarzt a. D. Dr. med. Walter Friedrich, Leipzig, Kohlgartenstraße 49, hatte außer seinen 272 Mark Militär-Pension noch reiche Einnahmen aus einer sehr umfangreichen Rassenpraxis. So war er als Rassenarzt der Krankenkasse des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der Barmer Krankenkasse, der Krankenkasse des Deutschnationalen Handlungsgesellschaftsverbandes, der Postbeamtenkrankenkasse, des Fürsorgeamtes und der Ortskrankenkasse tätig. Daneben lief noch eine Privatpraxis. Das Einkommen Friedrichs konnte sich also sehen lassen. Die meisten Menschen würden sicher froh sein, wenn sie lediglich die Pension als Einkommen zur Verfügung hätten. Der Herr Stabsarzt a. D. bekam aber den Hals nicht voll genug. Er betrug die Rassen und Fürsorgeeinrichtungen in 300 Fällen um insgesamt 4000 Mark, indem er Kranke in die Kasse oder die Kasse für erfolglose Behandlungen zu hoch berechnete. Am 28. Dezember 1926 verunglückte der betrügerische Arzt, so daß er längere Zeit im Krankenhaus zubringen mußte. Nun kam infolge der sich notwendig machenden Anordnungen die Betrügerei aus Tageslicht. Am Montag stand der Arzt vor Gericht. Von den 31 geladenen Zeugen wurde keiner vernommen, da trotz der Ausreden des Angeklagten die Sachlage völlig geklärt war. Friedrich kam wegen fortgesetzten Betrugs mit zwei Monaten Gefängnis recht günstig weg. — Mit einem kleinen Betrüger aus Not verfährt man gemeinhin nicht so mild! Sollte die akademische Klassenjustiz in diesem Falle eine Rolle gespielt haben?

Völkische Verbrecher gehen frei aus.

Anfang November 1925 verriet der völkische Portier Bläse der Postzeitung infolge Führerstreitigkeiten ein geplantes Sprengstoffattentat seiner Kameraden auf die Leipziger Synagoge. Am 13. April 1926 verurteilte das Schwurgericht die Frontkämpferleute Rixten und Reinhardt zu je 5 Jahren Zuchthaus, den Landwirt Hermann Krause zu einem Monat Gefängnis, den Bäckergehilfen Walter Roth zu einer Woche Gefängnis, den Bäckergehilfen Herbert Schönke zu drei Tagen Gefängnis und den 22 Jahre alten Goldschmidt Dupré zu drei Wochen Gefängnis. Die gegen dieses Urteil eingeleitete Revision verwarf das Reichsgericht am 13. Oktober 1926 mit der Maßgabe, daß die erste Instanz noch einmal nachprüfen

solle, ob bei Dupré der Strafmaß nicht besser durch eine Geldstrafe zu erreichen sei. — Die Haupttäter der Kirchen- und Reichardt lernten das Zuchthaus überhaupt nicht kennen; sie wurden bald aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen — man amnestierte schnellstens diese Feinde der Republik. Die übrigen brauchten die Strafe auch nicht anzutreten und nun war nur noch Dupré übrig. Am Montag mußte sich das Schwurgericht noch einmal mit Dupré beschäftigen. Allerdings hatte es lediglich zu prüfen, ob es angebracht erscheine, die dreiwöchige Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln. Wohl sah es davon ab und beließ es bei der Gefängnisstrafe von drei Wochen. Doch bewilligte es dem Falenkreuzer eine Bewährungsfrist von zwei Jahren, so daß nun auch dieser letzte Angeklagte des Synagogenprozesses frei ausgeht! — Es ist hier ein Präzedenzfall geschaffen, auf den gegebenenfalls zurückgegriffen werden muß, wenn es sich wieder einmal um Beschuldigte von links handelt!

Wichtig für Altanleihebesitzer.

Vom Sparerbund, Landesverband Sachsen e. V., Leipzig, wird uns geschrieben:

Aus der Sitzung des Rechtsausschusses vom 28. Juni 1927 ist noch besonders hervorzuheben, daß der Ausschuss beschloß, daß die Bedürfnisgrenze, die nach § 19 des Anleiheabfertigungsgesetzes die Voraussetzung für den Antrag auf Gewährung einer Vorzugsrente bildet, von 800 Mk. auf 1000 Mk. jährliches Höchst Einkommen erhöht werden soll. Wer also in dem Kalenderjahr, das der Stellung des Antrags auf Gewährung der Vorzugsrente vorhergeht, ein Jahres Einkommen von nicht mehr als 1000 Mk. erzielt hat, soll für die Zukunft zur Stellung des Antrags auf Vorzugsrente berechtigt sein. Der Höchstbetrag der Rente, der bei einem früheren Anleihebesitz von 40 000 Mk. mit 800 Mk. jährlich erreicht wird, soll leider nicht erhöht werden.

Die Reichsregierung hat ferner die Erklärung abgegeben, daß eine neue Anmeldung von Reichsanleihebesitz bis zum 31. August 1927 zugelassen werden soll. Hierbei soll derjenige, der die Anmeldung nunmehr nachholt, allerdings den Nachweis führen, daß er an der Anmeldung während der früheren Fristen ohne sein Verschulden verhindert gewesen ist. Die Reichsregierung hat aber zugesichert, in der Zukunft solchen verspäteten Anmeldungen gegenüber in weitestgehender Weise entgegenzukommen. Wenn auch auf der Hand liegt, daß die Einschränkung auf den Fall eines nicht vorliegenden Verschuldens die Möglichkeit einer leichten Umgehung der nachträglichen Anmeldung bietet, muß doch allen, die die Frist verstreuen haben, angeraten werden, unter eingehender Darlegung des Grundes ihrer Fristverlängerung, z. B. wegen Fehlens der Unterlagen, Krankheit, Alter, Weltabgeschiedenheit, Gebrechlichkeit, Unkenntnis des Erwerbs von Anleihen im Erbgange und dgl. mehr, die Anmeldung nachzuholen. U. E. wird hierdurch auch ermöglicht, Anmeldungen, die mangelhaft oder unrichtig vorgenommen sind, nachträglich zu berichtigen und zu ergänzen.

Der Sparerbund, Leipzig C 1, Windmühlenstr. 39, I., ist zu weiteren Auskünften gern bereit.

Ein verhängnisvoller Schuß.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntagmorgen in der 6. Stunde in einem der Familiengärten in der Nähe des Paunsdorfer Wäldchens. Mehrere junge Leute waren in den Garten zu Besuch eingeladen worden. Sie pfückten dort gemeinsam Erdbeeren. Als sie diese verzehren wollten, fragte einer der Beteiligten nach einem Eßgeschirr. Eine 17jährige Schülerin wies darauf hin, daß solche in einer Kiste befänden, die in einem Schuppen im Garten stehe. Ein 17 Jahre alter Schüler aus Leipzig, Wolfgang, ging in den Schuppen, und sah in einem in diesem stehenden Handwagen ein Leßgeschirr. Nachdem er die Kiste mit dem Geschirr aus dem Schuppen herabgetragen hatte, ging er in diesen zurück. Das dort liegende Leßgeschirr nahm er in dem Glauben, daß es nicht geladen sei, auf und spannte den Hand. Wählig ging ein Schuß los. Von diesem wurde die Schülerin, die auf die Kiste mit dem Geschirr hingewiesen hatte, in den Unterleib getroffen. Sie wurde sofort zu einem Arzt gebracht, der ihre Überführung in das Krankenhaus St. Georg anordnete.

Gemeinschaftliche Sitzung der Stadtverordneten und des Rates Mittwoch, den 6. Juli 1927, 18 Uhr, im Sitzungssaal, Neues Rathaus. Tagesordnung: Einigungsverfahren wegen a) des Ortsgebietes über den gemischten Theaterausbau, b) Veränderung der Ortsbauordnung hinsichtlich der Benutzung der Straßen und Plätze. Anschließend öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Tagesordnung: 1. a) Milchverorgung und Milchhof, b) Verordnung über den Milchhandel, c) Beitrag für die Kinderheim der Roten Hilfe Deutschlands, d) Kinderbewahranstalt für die Meyerschen Häuser in Leipzig-Kleinmüchler ufm. 2. a) Ueberlassung von Land an den Turn- und Sportverein Leipzig-Kleinmüchler (Einspruch), b) Umwandlung des Johannistals in einen Volkspark, c) Einführung des elektrischen Lichtes in die südlichen Häuser an der Eisener und Zimmernstraße ufm. d) Bebauung von Leipzig-Curtisch-Südwest ufm. e) Land am Triftweg, f) Zuweisung von Erbbaugrundstücken an Siedlervereine, g) Wohnungsbau, h) Ausbau von Strecken der Stötteritzer Straße ufm. i) Malerarbeiten auf südlichen Bauten, k) Vergebung der Arbeiten an der Großmarkthalle (Antrag). 1. Weiterbau der Großmarkthalle. 2. a) Angelegenheiten der Poststandsarbeiter, b) Reklamationen: c) Abbruch der Meßhalle auf dem Königplatz, d) Verzichtliche Tätigkeit in den Sanitätswachen, e) Straßensanität ufm. (auch Antrag), f) Straßensanität nach den Meyerschen Häusern in Leipzig-Kleinmüchler, g) Vertrag mit der Stadtgemeinde Laucha wegen der Straßenbahn, h) Mehrausgaben beim Umbau der nachstehenden Anlage des Vieh- und Schlachthofs, i) Schwimmhalle. 4. Wahl eines Sachverständigen aus der Bürgerliste in den Ausschuss zur Unterstützung der Leipziger Künstler.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig. Nach dem 25. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 19. bis 25. Juni 102 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 12. bis 18. Juni 197, davon 77 Knaben und 120 Mädchen. 56 Lebendgeborene waren unehelicher Abkunft. Totgeborene wurden 14 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 19. bis 25. Juni 147 Personen, darunter 15 Kinder unter einem Jahre. Unter den Gestorbenen befanden sich 82 männliche und 65 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Mafern 1, Grippe 2, Tuberkulose 14, Krebs 23, Gehirnschlag 12, Krämpfe der Kinder 1, Herzkrankheiten 18, Lungenerkrankung 19, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 6, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 1, Altersschwäche 13, übrige natürliche Todesursachen 30. 8 Personen erlitten tödlichen Unfällen und 4 endeten durch Selbstmord.

Teuerungszahl für Leipzig. Die auf der neuen Grundlage berechnete Teuerungszahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Amtes für den Monat Juni 1925 24 Mark (Mai: 194,67 Mark.)

Amphibien- und Reptilienausstellung. In der Sonderausstellung lebender Amphibien und Reptilien, die im Naturkundlichen Heimatmuseum, Vorgingstraße 3, täglich (außer Mittwochs- und Sonnabendnachmittags) von 10 bis 13 und 16 bis 18 Uhr besichtigt werden kann, sind vom Donnerstag bis Montag unsere deutschen Schlangen und Eidechsen ausgestellt. — Freitag, 8. Juli, 1930 Uhr, findet im Vortragssaal des Museums ein öffentlicher Lichtbildervortrag statt über: Die Schlangen der Leipziger Umgebung (B. Wichand). Der Eintritt zur Ausstellung und zum Vortrag ist frei.

# Wo ruft die Pflicht?

Ortsvereinsvorstände und Frauenleiterinnen.

Wir bitten, bis Donnerstag früh dem Sekretariat zu melden, wieviel Kinder mit zum Frauentag nach Wurzen fahren, gleichzeitig ist anzugeben, ob die Kinder früh oder nachmittags einreisen.

**Funktionäre.**

**Moskau.** Heute Dienstag, 20 Uhr, wichtige Sitzung in der Herrmannsruhe. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

**Frauen.**

Leiterinnen der Frauenabende der SPD Groß-Deipzig. Der Schulungsabend findet morgen Mittwoch nicht statt.

**Westbezirk.** Morgen Mittwoch, 20 Uhr, in den 2 Linden, Karl-Heine-Straße, Ausspracheabend mit der Genossin Startmann-Hunger. Wir sprechen über das Hilsbergsche Referat. Jede Gruppe muß vertreten sein.

**Großhofschor.** Donnerstag, den 7. Juli, 1/8 Uhr, an der Straßenbahn, treffen sich alle Frauen zur Besichtigung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz.

**Großhofschor.** Heute abend im Alten Schützenhaus Frauenabend. Da wir Wichtiges wegen des Frauentages zu erledigen haben, ist es Pflicht aller Genossinnen, zu erscheinen.

**Thonberg-Neureuditz.** Die Genossinnen, die Sonntag, den 10. Juli, mit nach Wurzen fahren, zeichnen sich Mittwoch von 18-20 Uhr in die Liste ein, die in der Bibliothek ausliegt.

**Sozialistische Arbeiter-Jugend.**

**Groß-Deipzig.** Der Bibliotheksausflug, der für morgen nach dem Volkshaus einberufen war, fällt wegen Verhinderung des Leiters aus. Er findet bestimmt am Mittwoch, dem 20. Juli, statt. — **Spießhahn:** Probe zum Martenspahl für Jeltz am Freitag, dem 8. Juli, 20 Uhr, im Volkshaus. Die Mitglieder erhalten morgen ein Rundschreiben, das alles Wichtige enthält.

**Jungsozialisten.**

**West.** Morgen Mittwoch, 19 1/2 Uhr, im Rest. Stadt Altenburg, Arbeitsgemeinschaft über Arbeiterkassen und Weltpolitik mit Gen. Heller. Gäste willkommen.

**Sozialistische Studentengruppe.**

**Mittwoch, 6. Juli, 19.30 Uhr, im Volkshaus (Kartellsaal).** Vortrag des Gen. Dr. Alfred Braunthal, Gera-Ting: „Der Imperialismus und das Schicksal des Kapitalismus“. Gäste willkommen.

**Gemeinschaft Kinderfreunde.**

**Bezirk Norden.** Donnerstag, den 7. Juli, 19.30 Uhr, Helfer-Sitzung im Heim, Blumenstraße. Wichtige Besprechung.

**Central.** Morgen Mittwoch treffen sich alle Ostseefahrer 18.30 Uhr im Park. Bleistift und Papier mitbringen.

**Connewitz-Völsing-Gaußig.** Morgen Mittwoch, 20 Uhr, wichtige Funktionär- und Helfer-Sitzung in der Bibliothek, Döblicher Straße 18. Alle Gruppenleiter müssen unbedingt anwesend sein. Abrechnungsbogen mitbringen.

**Alt-Deipzig, Süd.** Bis Freitag, den 8. Juli, müssen wir wissen, wer sich an der Reise in die Nordsee beteiligt. Anmeldung bei der Genossin Köhlig, Kochstr. 25, Hinterhaus III.

**Mitglieder-Beranstellungen**

**Plagwitz-Bindenu-Schleußig.** Unser diesjähriges Sommer- und Kinderfest findet Sonntag, den 10. Juli, nachmittags, auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft L.-West, verlängerte Rietzschstraße, statt. Für Unterhaltung ist auf dem Festplatz bestens gesorgt. Es ist sehr schon notwendig, sich Programme und Kinderkarten zu besorgen. Jedes Kind muß ein Trinkglas mitbringen.

**Wegen Straßenbauarbeiten** auf der Ostseite des Augustusplatzes wird die Wegnahme der Linien 14. und 16. erforderlich. Diese verkehren vom Mittwoch, dem 6. d. M., an, aus der Bismarckstraße kommend, über Bismarckplatz-Richard-Wagner-Straße-Blauenische Straße-Katharinenstraße—in umgekehrter Richtung Reichsstraße—Am Hallischen Tor—Neumarkt—Rohrplatz und weiter, wie bisher, Kurprinzstraße.

**Straßenperungen.** Ab 4. Juli ist die Kaiserin-Augusta-Str. zwischen der Brücke am Schlachthof und der Döblicher Straße für allen Fahrverkehr in beiden Richtungen während der Dauer der Schüttung des Damms und des Baus der Brücken gesperrt. Der Fußverkehr wird nach beiden Richtungen aufrechterhalten. Vom gleichen Tage an erfolgt die Sperrung der Mittel- und Ostseite der Bismarckstraße zwischen dem Grundstück Nr. 11 und der Verkehrsinsel an der Südwestlichen Ecke des Hauptbahnhofes für allen Fahrverkehr während der etwa drei Wochen dauernden Bauarbeiten. Der Straßenbahnverkehr wird nach beiden Richtungen aufrechterhalten. Für die Zufahrt zum Güterbahnhof wird eine Ueberbrückung bereitgestellt.

**Volkshaus.** Der für Mittwoch, den 6. Juli, angelegte Vortrag von Professor Wiedenfeld über Nationalisierung, der in der Wirtschaftsschule in der Jeltz Straße 28 gehalten werden sollte, kann wegen Verhinderung Professor Wiedenfelds nicht stattfinden.

**Ersternabend.** Der für Mittwoch, den 6. Juli, gemeldete Elternabend betrifft nicht die 7. Volksschule, sondern die 47. Volksschule. Mittwoch, den 6. Juli, 1/20 Uhr, im Schulsaal: 1. Hausliche Erziehung und Schule (Fr. Rita Scharfe). 2. Das Baden unserer Kinder. — 42. Volksschule. Morgen Mittwoch, 1/20 Uhr: Lichtbildervortrag. Herr Lehrer Lautensack spricht über: „Die Bedeutung von Unterrichtsgängen und Schulwandlungen“. — 14. Volksschule. Am 6. Juli, 1/20 Uhr, spricht Herr Lehrer Grimmer über: „Reichsschulgesetz und Kontordat“. Außerdem verschiedene, für die Eltern höchst wichtige Angelegenheiten.

**Beide Hüfte zerquetscht.** Am 30. Juni d. J., 1/13 Uhr, ereignete sich am Alten Amtshof folgender Unfall: Durch Umstürzen eines beladenen Wagens geriet der Arbeiter Alfred Schöner, geboren am 20. 8. 1907, darunter, wodurch ihm beide Hüfte gequetscht wurden. Er wurde, nachdem ihm ein Arbeiteramateur die erste Hilfe geleistet hatte, mittels Rettungsauto, der Feuerwehr nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht.

**Fleischverkauf an den Freibänken.** Morgen Mittwoch, den 6. Juli, an der Freibank I: Nr. 8961 bis 5000 und Nr. 1 bis 750; an der Freibank II: Nr. 1951 bis 3250. Von 11 Uhr an freier Verkauf.

**Polizeinachrichten**

**Ein Kind vor dem Verbrennen bewahrt.** Am 3. Juli nachmittags in der 22. Stunde wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Gerberstraße gerufen. Dort hatte ein in der Wohnung allein befindliches 7jähriges Kind eine Kerze angezündet und hierbei aus Unachtsamkeit ihr Bett in Brand gesetzt. Außer dem verbrannten Deckbett ist weiterer Schaden nicht entstanden, da die Feuerwehr jede weitere Gefahr beseitigte. Das Kind wurde glücklicherweise nicht verletzt.

**Straßenunfall.** Am 3. Juli in der 20. Stunde wurde in der Bärnerer Straße in Leipzig-Bühl ein 6 Jahre altes Mädchen von einem Motorrad angefahren. Es erlitt am Kopfe schwere Verletzungen, die keine Ueberführung in das Diakonissenhaus in Leipzig-Lindenu erforderlich machten. Die polizeilichen Erörterungen über die Schuldfrage sind noch im Gange.

**Aufgefundenen Fötus.** Am 3. Juli vormittags wurde am dem Waller des Hofstübchens unter dem östlichen Brückenbogen der Zeppelinbrücke ein Fötus männlichen Geschlechts gezogen. Er dürfte schon einige Tage im Wasser gelegen haben und wurde dem

Institut für Gerichtliche Medizin überwiesen. Mitteilungen, die zur Ermittlung der Kindesmutter dienen können, erbittet das Kriminalamt.

**Diebstahl in Großbetrieb.** In der Nacht zum 1. Juli wurde in ein Grundstück Bayrische Straße 40, gelegenes Wollereigeschäft eingebrochen. Die Täter erlangten u. a. etwa 100 Stück Butter, 16 Schachteln Emmentaler Käse, 10 Schachteln Camembert, 4 1/2 Kiste Tilsiter Käse, 45 Dosen Delfardine, 17 Tafeln Walmenbutter, 12 Stangen à 1 1/2 Pfund, Limburger Käse, 10 Dosen Milch, 5 Kisten Briefkäse à 1 acht Zehntel Pfund, 4 Latz Edamerkäse à 8 1/2 Pf., 4 Kugeln Edamerkäse à 4 Pf., 4 Kisten Harzerkäse, 100 Tafeln Schokolade, Marke „Renner“, 1 Karton Desserikanen. Als Mitläufer kommt ein junger Mann in Frage, der von einem gegenüberliegenden Grundstück beobachtet worden ist, wie er die Ladentür von innen aufschloß. Er wird wie folgt beschrieben: 18-19 Jahre alt, nicht groß, mit langem blondem Haar, bekleidet mit einer grauen Bluse. Weitere Beschreibung fehlt. Die Täter sind vom Tatorte aus zweifelslos über den Hof des Grundstückes mit ihrer Beute geflüchtet. Wahrscheinungen, die von den in den anliegenden Grundstücken wohnenden Bewohnern über die Täter gemacht worden sind, werden an das Kriminalamt erbeten. Vor Anlauf des gestohlenen Gutes wird gewarnt.

## PLAKATE IN SCHRIFTSATZ ZEICHNUNG, EIN- U. MEHRFARBIG



LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI AG. LEIPZIG C 1, TAUCHAER STR. 19/21 FERNRUUF 72204

## Gerichtssaal

Was ist unzüchtig?

„Unzüchtig ist, was gelehrt ist, das allgemeine Sittlichkeits- und Schamgefühl zu verletzen.“ So erklärte am Montag der Vorsitzende des 3. Strafsenats des Reichsgerichts. Und er fügte hinzu, das sei der richtige Begriff der Unzüchtigkeit. Der Senat war von diesem „richtigen“ Begriff ausgegangen und hatte die Revision des Verlagsbuchhändlers Laurer und des Schriftleiters Brams, die sich gegen eine Beurteilung nach § 184, Ziffer 1 richtete, verworfen. Laurer ist der Herausgeber und Brams der Redakteur der Zeitschrift „Das lachende Leben“, hinter dem Radikultur pflegende Organisationen stehen. Ein Staatsanwalt hatte unter reichlich 500 Nachfotos 14 herausgegriffen, als unzüchtig infamiert und Herausgeber und Schriftleiter unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht Ulmeburg urteilte die Angeklagten zu je 1000 Mark Geldstrafe; das Berufungsgericht ermäßigte die Geldbußen auf je 420 Mark. In der Begründung führte das Landgericht aus, daß eine so milde Beurteilung Platz gegriffen habe, weil die beiden Beschuldigten im besten Glauben die Radikultur fördern wollten, sich bei diesem Bestreben aber in den Mitteln vergriffen hätten.

Der Verteidiger forderte vor dem Reichsgericht die Freisprechung der Angeklagten. Bei den willkürlich herausgegriffenen 14 Photos liege ebensowenig irgendeine unzüchtige Beziehung zum Geschlechtsleben vor wie bei den übrigen 500, nicht beanstandeten Bildern die sämtlich in der Zeitschrift „Das lachende Leben“ veröffentlicht wurden. Eine unzüchtige Beziehung sei nicht vorhanden, wenn man sie nicht hineinlege! Reichsgerichtsrat Warnner habe ihm in einer Zuschrift die Hoffnung ausgedrückt, daß der vorliegende Prozeß eher zu einem guten Ende kommen müsse, da das Urteil unanfechtbar wäre!

Dieser Meinung war aber Reichsanwalt Richter nicht. Er beantragte die Verwerfung der Revision. Eine Minderheit versuchte jetzt auf dem Gebiete sittlicher Anschauungen sich gegen die herrschenden Anschauungen der Mehrheit durchzusetzen. (1) Die Beurteilung in diesem Falle habe sich nach den früheren Reichsgerichtsurteilen auf diesem Gebiete zu richten. Allerdings könnte ein normales Sittlichkeitsgefühl nie genau gekennzeichnet werden; wesentlich für den Begriff der Unzüchtigkeit wäre, daß bei der Darstellung des nackten menschlichen Körpers geschlechtliche Beziehungen vorhanden wären. Im übrigen greife die Revision tatsächliche Feststellungen des Tatrichters an, die der Nachprüfung der Revisionsrichter entzogen wären.

Der Vorsitzende teilte bei Begründung der Verwerfung der Revision noch mit, daß mit diesem Urteil über Wert oder Unwert der Radikulturbestrebungen kein Urteil gesprochen sei. Der Senat habe nur die Feststellung des Tatrichters bestätigt, daß die 14 beanstandeten Bilder das allgemeine Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletzen!

## Arbeitsgericht.

**Unberechtigt abgezogene Vermittlungsgebühr.** Vor dem Arbeitsgericht Leipzig, das gestern keine Tätigkeit aufgenommen hat — wir werden auf seine Zusammenkunft noch zurückkommen —, wurde ein für Berufsmuster interessanter Fall verhandelt. Durch Vermittlung eines Agenten war der Klavierbauer A. von dem Kapellmeister von der Handen engagiert worden unter der brieflich mitgeteilten Bedingung, bei sieben Stunden Dienst täglich sechzehn Mark nicht abzugsfreie Gehalt zu bekommen; A. hatte telegraphisch zugestimmt. Es war ihm aber außer den Soziallasten auch die Vermittlungsgebühr für den Agenten von seinem Arbeitgeber v. d. H. vom Einkommen abgezogen worden. A. rief die Entscheidung des Gerichts an. Dieses gab der Klage statt mit der Begründung, unter „nicht abzugsfrei“ sei lediglich zu verstehen, daß Steuer- und Versicherungsbeitrag und dergleichen mehr vom vereinbarten Gehalt noch nicht abgezogen seien, es müßte denn unter den Musikern in d. H. üblich sein, die Vermittlungsgebühren für den Agenten selbst zu tragen. Der Kläger bestritt das, entsetzt, und v. d. H. vermochte den Nachweis, daß dies doch der Fall sei, nicht zu erbringen.

# Sächsische Angelegenheiten

Nur einmalige Beihilfe für Beamte.

Den unteren Beamten wenig — den oberen viel.

In der Sitzung des außerordentlichen Ausschusses des Landtages zur Beibehaltung der Beamtenbesetzung für die sächsischen Beamten und Lehrer eine eigenartige Erledigung. Bekanntlich war durch einen Landtagsbeschluss vom 6. April die Regierung beauftragt worden, für den Fall, daß bis zum 1. Juli vom Reich keine Neuordnung der Beibehaltungsordnung erfolgt sei, eine Zwischenregelung vorzunehmen. Von der Regierungspartei wurde nun im Ausschuss folgender Antrag vorgelegt:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. den Beamten- und Behördenangehörigen alsbald eine einmalige Unterstützung zu gewähren, und zwar in

- Beibehaltungsgruppe 1-4 in Höhe von 40 v. H.
- Beibehaltungsgruppe 5 und 6 in Höhe von 30 v. H.
- Beibehaltungsgruppe 7-9 in Höhe von 25 v. H.
- Beibehaltungsgruppe 10 und höher in Höhe von 20 v. H.

des auf der Höhe des Monats Juli zahlbaren Grundgehalts zuzüglich Ehefrauen- und Kinderzulagen, höchstens jedoch 200 RM, und unter Abzug von 25 RM. für ledige Beamte usw.

2. Entsprechend auch den Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, sowie den Beamtenhinterbliebenen eine einmalige Unterstützung zu gewähren.

Die Regierung zu ermächtigen, zu diesem Zwecke die im Staatshaushaltplan 1927 eingeplanten Mittel für Unterstützung an Beamte bis zu 3 1/2 Millionen RM. zu überschreiten.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei kritisierten an dieser Regelung, daß den Beamten wiederum nur in der Form einer einmaligen Beihilfe geholfen werden solle. Sie wiesen auf das Unsoziale des prozentualen Zuschlages hin; den am ärgsten der Not ausgehenden Beamten der unteren Beibehaltungsgruppen gebe man wenig, den am höchsten höheren Beamten viel. Das alte Ziel Die Sozialdemokraten forderten nicht nur eine rasche, sondern auch eine sozial gerechte und dauernde Hilfe. Der Antrag der Regierungspartei wurde gleichwohl angenommen. Die Regierung sicherte Auszahlung bis Mitte des Monats zu.

Weiter stand eine Reihe Anträge über Höherstellung, bessere Gestaltung der Dienstverhältnisse einzelner Beamtengruppen, wie Polizei, Justiz, usw., auf der Tagesordnung. Sie wurden sämtlich der Regierung für die künftige Beibehaltungsreform überwiesen, und zwar vielfach gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die eine sofortige Erledigung wünschten.

## Der Dank der Beamten.

Beamte und sozialdemokratische Landtagsfraktion.

Der Beamtenausschuß des 16. Unterbezirks (Chemnitz) hat der Landtagsfraktion der SPD folgendes Schreiben übermittelt:

Der am 1. Juli 1927 verabschiedete Unterbezirks-Beamtenausschuß des 16. Unterbezirks spricht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion für das tatkräftige Eintreten für die Beamtenkassen die wärmste Anerkennung aus und verbindet damit den Wunsch, daß in gleicher Intensität der Kampf um eine ausreichende Beibehaltung der Beamten und um ein freibeitliches Beamtenrecht auch in Zukunft geführt wird.

## Die Beamtenfreunde.

Die berichtet wurde, demonstriert am Dienstag vergangener Woche vor dem Ministerium in Dresden 15 000 Beamte für die Beibehaltung der Beibehaltungsreform. Die Beamtenkassen eine Kommission in den Landtag, um dort ihre Forderungen vorzutragen zu lassen. Die Kommission wurde auch vom Beibehaltungsausschuß durch den Vorsitzenden, Genossen Menke, empfangen. In dieser Sitzung des Beibehaltungsausschusses nahmen alle Parteimitglieder teil, nur die Vertreter der Deutschen Volkspartei blieben fern oder entfernten sich, ohne die Beamten anzuhören.

Durch dieses Verhalten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen fühlten sich die Beamten mit Recht verärgert. Im den üben Eindruck abzuschwächen, gab der deutsche Volksparteier Rößler am folgenden Tage im Landtage eine Erklärung ab, in der er seine Partei reinzuwaschen versuchte. Das ist ihm nicht gelungen, denn Genosse Menke zerzauste die leberlärmende Ausrede der Deutschen Volkspartei recht gründlich. Nunmehr nehmen auch die Beamtenorganisationen, Ortsrat des DDB und Ortsauschuß des DDB zu der Sache mit folgender Erklärung Stellung:

Die Dresdner Organe der sächsischen Beamtenspitzenorganisationen, die für den 28. Juni zu der Beamtendemonstration auf den Elbweiden aufgerufen hatten, sind über die von Herrn Rößler am 28. 6. im Landtage abgegebene Erklärung auf das Äußerste erstaunt. Die darin zum Ausdruck kommende Auffassung, daß Herr Rößler als Vorsitzender des Beibehaltungsausschusses die Deputation der demonstrierenden Beamtenkassen sojugaligen empfangen habe, muß stark belustigen, weil hieraus zu entnehmen ist, daß der Herr Rößler und die hinter seiner Erklärung stehenden Parteien es für richtiger gefunden hätten, wenn der Empfang der Deputation abgesehen worden wäre. Die genannten Spitzenorganisationen stehen aber auf dem Standpunkt, daß es politische Pflicht des Landtages war, einer so starken Kundgebung der Beamtenkassen auch das notwendige Gehör zu schenken. War es schon sehr auffallend, daß die sächsische Regierung die Deputation erst am nächsten Tage vorließ; so ist es geradezu unverständlich, daß Teile des Landtages nicht einmal zu diesem Entgegenkommen bereit zu sein gewiesen hätten. Es entspricht weiterhin nicht den Tatsachen, daß Herr Rößler eine irgendwie parteilich gefärbte Erklärung abgegeben hätte. Er hat ausdrücklich betont, daß er als Vorsitzender des Beibehaltungsausschusses nur die Beschlüsse dieses Ausschusses mitteilen könne. Wenn er dabei auch erwähnte, daß noch ein Minderheitsantrag vorliege, ohne dabei die Namen der antragstellenden Fraktionen zu nennen, so war er diese Offenheit der Deputation schuldig. Im übrigen ist es von der Deputation und der demonstrierenden Beamtenkassen wohlwollend empfunden worden, daß Herr Rößler zu weiteren Auskünften an die einzelnen Fraktionen verzweht. In einem politischen Hause kommt es hauptsächlich auf die Auffassung der einzelnen Fraktionen an, die den Willen ihrer Wählerschaft kundgeben. Es hat große Wichtigkeit hervorgerufen, daß einzelne Parteien derartigen Auskünften auswichen. Zu einem Protest gegen die völlig einwandfreie Geschäftsführung des Abg. Menke lag nicht die geringste Veranlassung vor. Bismarck wäre ein besserer gewesen, wenn auch die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ihre Meinung an Ort und Stelle kundgegeben hätten, zumal vor dem Landtage eine weitläufige, Beamtenmasse auf Klarheit drängte. Es kann von den genannten Spitzenorganisationen nicht gebilligt werden, wenn die Abneigung einiger Fraktionen gegen die Straßendemonstration der Beamtenkassen jetzt hinter nicht schlagkräftigen formalen Gründen verhängt wird.

Hoffentlich ziehen die Beamten aus diesem Verhalten ihrer „Freunde“ auch die entsprechende Konsequenz.

Die Kapetisten versuchen im Zusammenhange mit der Beamtendemonstration einen Schwindel gegen unsre Genossen Schwarz und Müller, die als Mitglieder des Landtagsvorstands den Empfang der Beamtendeputation abgelehnt hatten. Demgegenüber sei festgestellt, daß der Präsident des Landtages unmöglich eine Deputation empfangen kann, für deren Forderungen der Beibehaltungsausschuß zuständig ist. Deshalb hat Genosse Schwarz die Beamten-





Beilage zur Leipziger Volkszeitung vom 5. Juli 1927

### Schutz den schwangeren Arbeiterinnen.

Ein Erfolg der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Am 21. Juni stand im sächsischen Landtage zur Beratung der Antrag der Sozialdemokratie:

„Die Regierung zu ersuchen, in den Etat für 1927 1 Million Mark einzustellen, die es ermöglicht, an die von der Kranktenversicherung erfassten Arbeiterinnen im Freistaat Sachsen, die entbunden und 8 Wochen vor der Niederkunft die Arbeit aufzugeben haben, eine besondere Beihilfe von 2 M. für jeden Kalendertag der Nichtarbeitszeit bis zur Niederkunft zu gewähren.“

In der Debatte vertrat Genossin Thümmler in einer längeren Rede energisch die berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen. Von dieser Rede bringen wir die wichtigsten Gedankengänge im Auszug. Die Redaktion der Leipz. Volksztg.

Nach der Berufszählung von 1925 von der allerdings nur Teil-ergebnisse vorliegen, ist abermals eine ganz gewaltige Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit zu verzeichnen. Im Freistaat Sachsen sind nach dieser Berufszählung tätig:

in der Textilindustrie	180 838 Arbeiterinnen
im Bekleidungs- und Schuhwerk	45 228 Arbeiterinnen
in der Papierindustrie	35 528 Arbeiterinnen
im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	29 417 Arbeiterinnen
in der Metallindustrie	20 142 Arbeiterinnen

Außer diesem gewaltigen Anstrome der berufstätigen Frauen tritt in Erscheinung ein starkes Abwandern aus den Betrieben der Hausangestellten und der Landwirtschaft in die Industrie. Der Rückgang der „Frau in's Haus“ sehen also erneut große Schwierigkeiten im Weg. Und noch stehen wir mitten in dieser Entwicklung! Das rasende Tempo der Industrialisierung, die ungeheuren Umwälzungen der Technik, Rationalisierung und Spezialisierung des Arbeitsprozesses und die Tendenz des Kapitals, billige Arbeitskräfte zu erhalten, leisten weiterhin der Frauenerwerbstätigkeit erneuten Vorstoß. Die Geschichte des Kapitalismus zeigt uns, daß in allen Perioden die billige Arbeit der Frauen und die noch billigere der Kinder Anreiz zu erhöhter Ausbeutung boten. Durch Abschaltung der Löhne der männlichen Arbeiter wird außerdem ein großer Teil verheirateter Frauen gezwungen, erwerbstätig zu sein und sehr oft ist die Frau infolge Erwerbslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit oder infolge Fehlens des Mannes, der finanzielle und wirtschaftliche Träger der Familie.

Die SPD ist schon immer für die Gleichberechtigung der Frau eingetreten, und ständig wurde dabei betont, daß die Frau wohl dem Mann gleichwertig, aber nicht gleichartig ist. Und dieser Unterschied gilt ganz besonders in beruflichen Leben, wo wir ja eine veranlagte, den weiblichen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeitsaufteilung verlangen. Eine Erfüllung dieser berechtigten, von ärztlichen Autoritäten anerkannten Forderungen steht aber überall auf die Widerstände der Industriellen.

Eine „Deutschrift des Deutschen Textilarbeiter-Verbands“ von dieser Frage, getragen vom größten Betriebskammerrat für die werdende Mutter, hat eine Gegenüberstellung des Arbeitsvertrages der Deutschen Textilarbeiterin gegenüber, in der nur der nackte Profitstandpunkt der Unternehmer zum Ausdruck kommt.

In dieser Deutschrift wird behauptet, die Gesundheitsverhältnisse in der Textilindustrie seien besser als in anderen Industrien. (Die Arbeit in den überfüllten, staubgeschwängerten Räumen der Textilbetriebe milt sich also im Kopf des Verfassers als Aufenthalt im Sanatorium oder im Erholungsheim). Mit zynischer Frechheit werden die zahlreichen Fehlgeburten der Arbeiterinnen (herausgerufen durch Unterernährung, beschwerliche Arbeit usw.) auf die „Abtreibungsneigung“ zurückgeführt.

Die hohen Krankenziffern, die nicht wogdiskutiert werden können, werden auf „willkürliches Krankeiern“ zurückgeführt. Es heißt da:

„Es hat immer wieder die Beobachtung gemacht werden können, daß diese Frauen genügt sind, sich krankzumelden, um so die nötige Freiheit zur Erledigung größerer Arbeiten in der Hauswirtschaft, wie Waschen der Wäsche, Reinigen der Wohnung und dergleichen zu verschaffen.“

Am Schluß der Broschüre heißt es:

„Die Arbeit in der Textilindustrie ist ihrer ganzen Art nach und wegen ihrer Reichhaltigkeit in großem Maße zur Ausführung durch Frauen besonders geeignet. Sie ist deshalb in allen Ländern und zu fast allen Zeiten von Frauen verrichtet worden und sie ist die wichtigste Industriearbeit, die als Lebensberuf der Frau angeprochen werden kann. Der Gesundheitszustand der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie ist, obwohl in ihrer besonders viel schwächliche Personen Beschäftigung sind, mindestens nicht ungünstiger als bei anderen Industrien. Besondere Gesundheitschädigungen gehen von der Textilarbeit nicht aus. Auch Schwangere können die Arbeit in der Textilindustrie ohne Schaden oder Beschwerden verrichten und bei genügender eigener Rücksichtnahme auf ihren Zustand bis kurz vor der Niederkunft fortsetzen. Die mit der Arbeit in der Textilindustrie verbundene Bewegung ist von Vorteil für einen glatten Verlauf der Geburt, weshalb eine möglichst lange Fortsetzung der gewohnten Arbeit sich empfiehlt.“

Es besteht in Deutschland bereits ein völlig ausreichender gesetzlicher Schwangerschutz, der weiter geht als der bei den meisten anderen europäischen Staaten.“ Hier wird also brutal zum Ausdruck gebracht, daß eigentlich schon jubel gefeiert sei. Aber die Herren Syndici sind nicht allein. Neben ihnen treten auch Ärzte gegen die Forderungen der Arbeiterinnen auf. Ein Professor Martin, Leiter der Rheinischen Provinzialhebammenlehranstalt, sagt in seinem Gutachten:

„Die Arbeitsleistungen der Textilarbeiterinnen sind nicht so hoch einzuschätzen wie die einer schwangeren Hausfrau... Die vorhandenen Bestimmungen für die schwangeren Textilarbeiterinnen genügen vollkomm.“

Erschütternd zeigt es aber nicht an Ärzten, die aus ihrer Praxis heraus und unbeeinträchtigt von kapitalistischen Einflüssen Verhältnisse für die Forderungen der Textilarbeiterinnen haben. Frau Dr. med. Dietrich, Dresden, bezeichnet in einem Gutachten die Beschäftigung schwangerer Arbeiterinnen als Barbarei, und Dr. med. Max Hirsch, Frauenarzt und Mitglied des preussischen Landesgesundheitsrats, kommt zu einem fast gleichlautenden Ergebnis.

Die Deutschrift der Unternehmer zeigt sich also als einseitiges Machwerk, als ein Dokument skandalöser Ausbeutung. Nichts hört man, daß den Frauen der Beschlüsse empfohlen wird, zur Erhaltung ihrer Gesundheit oder zur Stärkung ihres Körpers in einem Textilbetrieb Arbeit zu nehmen. Diese Frauen, denen alle Bequemlichkeiten und Schönheiten des Lebens zur Verfügung stehen, werden in Zeiten der

Schwangerschaft ganz besonders gehetzt und gepöbelt, ohne daß wir ihnen deswegen neidisch sind, während man der Arbeiterin zumutet, bis zum letzten Augenblick ihrer Schwangerschaft im Staub und Schmutz und im Lärm des Betriebs an der Maschine zu stehen.

Der Antrag der SPD will den Arbeiterinnen durch die besondere Beihilfe von 2 M. pro Tag die Möglichkeit geben, rechtzeitig die Arbeit aufzugeben. Wir wissen, auch diese Forderung ist nur eine Teilföhrung, aber sie ist notwendig, weil der vorhandene Schwangerschutz den heutigen Verhältnissen und Arbeitsmethoden nicht mehr entspricht. Wir sehen in diesem Antrag eine Vorstufe für die von der SPD und allen um einen gesunden Nachwuchs besorgten Menschen geforderte Mutterschaftsversicherung. Ohne eine solche und die damit verbundene wirtschaftliche Sicherstellung ist ein völliges Verbot der Erwerbsarbeit schwangerer Frauen einfach nicht durchführbar, weil die Nahrungsorgen die erwerbstätige Frau bis zum letzten Augenblick in die Gefahr treibt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat durch diesen Antrag versucht, das Problem „Mutterschaft und Berufsarbeit“ der Lösung näherzubringen. Die bürgerlichen Parteien, die immer von der Heiligkeit der Mutter reden, die Muttertugde und ähnliches veranlassen, haben gegen diese selbstverständlichen Forderungen gesprochen und gestimmt.

Ganz eigenartig berührt die Stellung der Regierung. Wohl hätte sie vom Landesgesundheitsamt ein Gutachten anarbeiten lassen, das eindeutig zum Ausdruck brachte, daß die Erwerbstätigkeit schwangerer Frauen unerwünscht und deshalb ihre Beilegung anzustreben sei.“ Dieses Gutachten führt über die Beilegung der Arbeit der Schwangeren u. a. folgenden an:

„Wahgebend sind hierfür lediglich wirtschaftliche Gründe, da diese Frauen, falls sie 6 Wochen vor der Entbindung nicht arbeitsfähig sind, nur auf das Wochenlohn, d. h. im Regelfall etwa auf höchstens 60 Prozent ihres Arbeitslohns angewiesen sind. Hier würde es im Interesse eines rechtzeitigen Frauen- und Mutterschutzes liegen, wenn eine Geldhilfe, deren Höhe hier nicht bestimmt werden kann, die aber mindestens die Höhe des bisherigen Verdienstes erreicht, es solchen Frauen ermöglicht, auf ärztlichen Rat rechtzeitig ungewünschte oder schädliche Erwerbsarbeit niederzulegen.“

Diesem Gutachten entspricht aber nicht die Haltung der Regierung. Sie verschönt sich hinter Bedenken, daß dieser erweiterte Schutz Sache der Reichsregierung sei — das kleine Braunschweig hätte ihn aber doch durchgeführt — und wenn dieser Schutz in Braunschweig nicht mehr besteht, dann nicht wegen des Einpruchs der Reichsregierung, sondern wegen der reaktionären Haltung der bürgerlichen Mehrheit in Braunschweig. Dieses kleine Land hat also gezeigt, daß Bestimmungen, die über die Reichswohlfahrt hinausgehen, durchaus nicht im Widerspruch zur Reichsoberaufsichtsordnung stehen.

Was in Braunschweig möglich ist, ist in Sachsen, dem Land mit den Hunderttausenden erwerbstätigen Frauen, erst recht möglich. Der Vorstoß des Textilarbeiterverbandes, parlamentarisch unterstützt und gefördert von der SPD, konnte aber trotz der gewonnenen Erklärung der Regierung im Ausschuß und trotz des formellen Einpruchs des Finanzministers im Plenum des Landtags zu einem vollen Erfolg geführt werden.

Interessant war, was unsre Rednerin, die Genossin Thümmler, über den Werdegang dieses Antrags im Landtage ausführte. Die Beilegung Dresden des Textilarbeiterverbandes hat wohl der USV die Forderungen der Textilarbeiterinnen übermitteln, die hatte die SPD-Fraktion war aber völlig vergessen worden. Die USV formuliert einen Antrag, der diese Forderungen enthält, begründete dieselben mit großen Worten im Landtag und ließ ihren eigenen Antrag im Ausschuß schmählich im Stich, als die Regierung formale Bedenken erhob. Die Ausschußmitglieder der SPD formulierten aber sofort einen neuen Antrag (siehe oben) und dieser Antrag fand Annahme, weil die USV-Herrschaften — wohl durch die Regierungskrise etwas erleichtert — den Antrag der SPD nicht mehr zu Falle zu bringen getrauten.

### Schweizer Richter gegen die Abtreibungsbestrafung.

Wir entnehmen der Wiener Arbeiterzeitung: Auch in der Schweiz wird ein neues Strafgesetzbuch vorbereitet. Fürs Ober- richter (H. Balliger, Otto Lang, A. Rüchinger, E. Nieder, F. Debrunner) haben an die Kommission, die das Gesetzbuch vorbereitet, eine Eingabe gerichtet, die zu der überall brennenden Frage der Bestrafung der Abtreibung Stellung nimmt. Sie unterbreiten der Kommission folgenden Gesetzentwurf:

#### Strafbare Schwangerschaftsunterbrechung.

Artikel 105.

Unterbricht eine Schwangere ihre Schwangerschaft oder läßt sie so unterbrechen, so wird sie, vorbehaltlich Artikel 107, mit Gefängnis bestraft.

Das Vergehen verjährt in zwei Jahren.

Artikel 106.

1. Wer mit der Einwilligung der Schwangeren deren Schwangerschaft unterbricht, wer einer Schwangeren dabei Hilfe leistet, wird, vorbehaltlich Artikel 107, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Das Vergehen verjährt in zwei Jahren.

2. Wer ohne den Willen der Schwangeren deren Schwangerschaft unterbricht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

3. Die Strafe ist Zuchthaus nicht unter drei Jahren: wenn der Täter gewerbsmäßig strafbare Schwangerschaftsunterbrechungen vornimmt, wenn die Schwangere an den Folgen der strafbaren Unterbrechung stirbt und der Täter diesen Ausgung voraussehen konnte.

#### Straflose Schwangerschaftsunterbrechung.

1. Wird die Unterbrechung der Schwangerschaft mit dem Willen der Schwangeren binnen der ersten zwei Monate nach dem Ausbleiben der letzten Menstruation von einem patentierten Arzt vorgenommen, so bleibt sie straflos.

Ohne Rücksicht auf die Dauer der Schwangerschaft bleibt die mit dem Willen der Schwangeren von einem patentierten Arzt vorgenommene Unterbrechung der Schwangerschaft straflos, wenn sie erfolgt:

- a) um eine nicht anders abwendbare Lebensgefahr oder Gefahr dauernd schweren Schadens an der Gesundheit von der Schwangeren abzuwenden, oder
- b) um die Geburt einer mit schweren geistigen oder körperlichen Gebrechen belasteten oder einer durch Mißbrauch eines Kindes, oder durch Verführung einer Unmündigen erzeugten Nachkommenschaft zu verhindern.

Diesen Gesetzentwurf begründen sie folgendermaßen:

Die Unterzeichner dieses Vorschlages sind alle im Amte stehende Richter. Als solche machten wir die Erfahrung, daß das absolute Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung schwangere Frauen in solcher Zahl immer wieder in die Arme gewissenloser, gewinnstüchtiger oder pathologischer Pfuscher treibt, die durch ihr verbrecherisches Handeln die Gesundheit dieser Frauen häufig auf das schwerste schädigen, daß wir es nicht verantworten könnten, zu schweigen, wenn, wie es heute gilt, die Rechtsmaterie neu zu regeln. Immer und immer sind es nur Angehörige der besitzlosen Klassen, die auf diese Weise um ihr höchstes und einziges Gut, ihre Arbeitskraft und Lebensfreude gebracht werden. Wir belegen diese Pfuscher, ihre Gehilfen und Begünstigter fortgesetzt mit denselben schweren Strafen, die seit Jahrzehnten angewendet wurden, doch die Zustände verschlimmern sich nur, und wir sind überzeugt, daß auch die allerhärtesten Strafen keine Besserung zu bewirken vermögen, solange eines nicht geschieht, nämlich daß den Frauen durch das Gesetz die Möglichkeit eingeräumt wird, binnen einer kurzen Frist nach dem Ausbleiben der Menstruation ihre Schwangerschaft kraftlos durch einen sachkundigen Arzt unterbrechen zu lassen. Auch wir hegen ebendem Bedenken gegen diese Lösung, weil aus ärztlichen Kreisen mit mancherlei Argumenten davor gewarnt wurde, wie das ja auch heute noch teilweise geschieht. Nachdem jedoch einer der bedeutendsten und berufensten Frauenärzte der Gegenwart auf Grund weit umfassender Erhebungen und Erfahrungen, als sie irgendeinem schweizerischen Arzt zu Gebote stehen, nämlich Universitätsprofessor Dr. Dürksen in Berlin, in den Monographien aus dem Institut für Sexualwissenschaft (Zeitschrift Sexus, Band IV) erklärt hat, daß die vom Arzt vorgenommene vorzeitige Unterbrechung der Schwangerschaft keine größere Gefahr in sich schließt als die Geburt, das heißt so gut wie keine Gefahr, wenn dabei die antiseptischen Vorschriften befolgt werden, halten wir dafür, daß die Zeit gekommen ist, das Problem der Schwangerschaftsunterbrechung nach den Gesichtspunkten gesetzlich zu lösen, die erst die heutige Zeit gewann. Wir verhehlen uns nicht, daß die Lösung, die wir vorschlagen, nicht immer nur Frauen zugute kommen wird, die ihrer würdig sind. Wir verhehlen uns nicht, daß Mißbräuche vorkommen können. Doch wissen wir andererseits aus unserer Erfahrung, daß solche Fälle zu den Seltenheiten gehören, und daß sich in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle die Frau nur durch zwingende Gründe dazu entschließt, auf das Mutterglück zu verzichten.

Diesen zwingenden Gründen darf um so eher Rechnung getragen werden, als glücklicherweise die ungeheure Mehrheit der Frauen in der Mutterschaft ihr höchstes Glück erblickt.

Deshalb — und da, wie schon gesagt, heute auch Einwendungen medizinischer Natur, die zum Schutze der Schwangeren erhoben zu werden pflegen, nicht mehr stichhalten — darf heute der Frau das Recht eingeräumt werden, selber zu bestimmen, ob ihre persönlichen Verhältnisse ihr gestatten, das verantwortungsvolle Amt auf sich zu nehmen, das einer Frau beschieden sein kann, nämlich die Mutterschaft.

### Das Frauenwahlrecht in Frankreich. Wie steht es damit?

Von Louise Saumonneau-Paris.

Während der letzten Legislaturperiode (1919—1924) hatte die Kammer ein Gesetz angenommen, das den Frauen das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht gewährte. Der Senat lehnte mit einer Mehrheit von 12 Stimmen ab, in eine Beratung über diesen Gegenstand einzutreten. So ward der Entwurf begraben.

Nach den Wahlen von 1924 hat die Kammer den Entwurf, der den Frauen die gleichen politischen Rechte zugestand wie den Männern, wieder verabschiedet. Dieser Entwurf blieb aber bis jetzt in den Akten der Kammer liegen. Vor kurzem hat sich der zuständige Ausschuß mit der Vorlage von neuem beschäftigt und sie mit 7 gegen 5 Stimmen verworfen. Ebenso lehnte er einen Gemeindefreiwahlrechtentwurf ab sowie einen Antrag, der den unterbreiteten Frauen und den Witwen über 30 Jahren das Wahlrecht zugestehen wollte. Der Berichterstatter, Pierre Mairault, wurde beauftragt, dem Senat die Ablehnung des von der Kammer angenommenen Gesetzes zu empfehlen.

Seit einigen Monaten zeigt sich die Frage der politischen Gleichberechtigung der Frau in einem ganz neuen Licht. Unser Wahlsystem ist bekanntlich ein Kompromiß zwischen dem Mehrheits- und Proporzsystem. Um nun gewisse Bestimmungen zu verbessern, die wir der Kammer des Nationalen Blocks zu verdanken hatten, war die Sozialistische Partei gezwungen, unerwartliche Wahlbindnisse einzugehen. Deshalb bemüht sich nunmehr unsere Partei, dieses Wahlgesetz zu befeitigen, und hält sich bereit zur Durchführung aller „Mandate“ der Reaktion, die sich auf dem Boden der „Nationalen Union“ wieder zusammengefunden hat und für die Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlgesetzes eintritt, um ein zweites 1919 herauszubekommen.

Die politischen Rechte der Frauen bilden eines der Mittel, die geheime Abstimmung nach Wahlbezirken, was dem Wunsch des Senats wie dem der Sozialisten entspricht, zu hintertreiben. Obgleich es leicht wäre, den Senat für den von der Kammer bereits angenommenen Frauenwahlrechtentwurf zu gewinnen, will ihn die Reaktion, d. h. die „Nationale Union“, gestützt auf die Kommunisten und einen Teil bürgerlicher Frauengruppen, mit der Wahlrechtsreform verknüpfen.

Es versteht sich von selbst, daß unsere Partei die sozialistischen Frauen mit der Partei derselben Meinung sind, daß die Frage des Wahlmodus zu trennen ist von der Frage, wer abstimmt. Unsere Genossen müssen sich also systematisch gegen alle Vorschläge wenden, die darauf hinauslaufen, die Wahlrechtsreformdebatte in die Länge zu ziehen. Dem Zwecke, die kommenden Neuwahlen unter dem gegenwärtigen Abstimmungsmodus zu vollziehen und ohne dafür das Frauenwahlrecht ersangt zu haben. Denn es ist ganz klar, daß wenn der Senat das eben von der Kammer angenommene Gesetz ablehnen sollte, er ebensowenig geneigt sein wird, das politische Rechtsprinzip, wie es die Wahlrechtsreform darstellt, anzunehmen. Er wird es aus ihr zu entzernen wissen. Doch dazu braucht er Zeit, und das gerade ist es, was der „Nationale Block“ will.

Diese neue Auffassung der Frage des Frauenstimmrechts erzeugt starke Meinungsverschiedenheiten unter den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Ein Teil nimmt eine ähnliche Haltung ein wie wir, die anderen stehen bei den Anhängern des Nationalen Blocks. Das ist wieder ein Beweis für eine Auffassung, die ich schon immer vertreten habe, nämlich, daß die politischen und sozialen Anschauungen der Frauen sich nach Klassen scheiden, und daß ein Feminismus als eigene Partei, der sich selbst genügt, eine Utopie und eine Irreföhrung ist.